

Einselpreis 70 Heller.

Verwalt. Sachk. 0000 n. m. Telephone: Tagesredaktion: 0705. Nachredaktion: 0707.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezug- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . . . Ks 16.— vierteljährlich . . . . . 48.— halbjährig . . . . . 96.— ganzjährig . . . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 20. Feber 1924.

Nr. 43.

## Das zweite Opfer.

Wovon hinter den Kulissen der Politik schon seit einiger Zeit getuschelt wurde, das ist am Montag eingetreten: der nationalsozialistische Postminister Tuzny hat dem Ministerpräsidenten seine Demission gegeben, der Präsident der Republik hat sie angenommen und die Leitung des Postministeriums dem Ernährungsminister Franke anvertraut. Ueber die Gründe der immerhin aufsehenerregenden Demission wird man in den Blättern der Koalition vergebens nach Aufklärung suchen; die meisten dieser Blätter begnügen sich auffallenderweise mit dem Abdruck des Handschreibens Masaryks, in welchem die Annahme der Demission ausgesprochen wird, ohne ein Wort hinzuzufügen. Die Koalition ist offenbar übereingekommen, Herrn Tuzny als Minister zu den Toten zu werfen, doch will sie, daß ihm die Erde leicht werde. Sie folgt dabei einem Gebot der Klugheit, denn sie weiß, daß jede üble Nachrede auf die trauernden Hinterbliebenen des Dahingegangenen zurückfallen würde. Darum wird Tuzny Ministerschaft mit eisigem Schweigen bestrafte, aber dieses Schweigen wirkt um so bedrückter.

Da aber doch ein Grund für den Abgang des Postministers angegeben werden muß, so wird erzählt, Tuzny sei „aus Gesundheitsrücksichten“ zurückgetreten. Aus Gesundheitsrücksichten — das ist ein alter wohlbelannter Schlagwort! Unsere Macher im Staate beweisen damit, daß sie erfolgreich in die österreichische Schule gegangen sind. Im alten Oesterreich haben sich diese „Gesundheitsrücksichten“ stets pünktlich eingestellt, so oft ein Minister abgelagt werden sollte. Und geradezu epidemisch traten sie nach allen großen Kaisermanövern auf, wenn sich wieder die Unfähigkeit einiger Generale erwiesen hatte. Sogar dem nationalsozialistischen „Cejste Slovo“ erschien zuerst die angegriffene Gesundheit des Herrn Tuzny als zu durchsichtig, darum führte es für seinen Rücktritt auch noch einen anderen Grund an: Tuzny habe nicht länger den Angriffen im Innern der Koalition und von außen her wegen des „Spiritus-„Darlehens“ an das nationalsozialistische Louvrekinos ausgesetzt bleiben wollen. Nach der Rundgebung der Partei, die natürlich keinen Zusammenhang mit der Spiritusaffäre zugeben will, zog sich auch das „Cejste Slovo“ auf die Gesundheitsrücksichten Tuznys zurück und schilderte in erschütternder Weise von dessen Arbeitsüberlastung, die es nicht gestatte, länger zuzusehen, wie der arme Tuzny vor Erschöpfung fast zu Boden sank. Sonderbarerweise erstreckt sich dieses rührende Mitgefühl nicht auch auf Parteibruder Franke, der jetzt zu seinem Portefeuille als Ernährungsminister noch das des Postministeriums dazubekomme hat. Der Bedauernswerte wird jetzt zwei Ministerien leiten, obwohl Tuzny schon die Last des einen keinen Tag länger tragen wollte.

Die Abjagung des Postministers rührt noch einmal den Bestgehalt des Spiritusstandes auf. Prasek war sein erstes Opfer, Tuzny ist sein zweites. Weder sein Debut als gekränkte Leberwurst, da er nicht mehr länger wegen der Louvregeelder ungerecht angegriffen werden will, noch sein Auftreten als Kranker können jemanden darüber täuschen, daß er geht, weil er muß, weil er durch die Spiritus-Bestechungsaffäre belastet ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in der letzten Zeit sich eine Untersuchungskommission damit beschäftigt hat, zu erforchen, inwieweit die nationalsozialistische Partei und besonders deren Führer Objekte der Bestechungen aus dem Spiritusfonde waren. Ueber Verlauf und Ergebnis der Untersuchung wird wohl strenges Stillschweigen bewahrt, aber der erzwingene Rücktritt Tuznys sagt darüber genug. Wer wird der Nächste sein? Es wird wohl alles aufgegeben, um die Schmutzgeschichte zu vertuschen, aber sie ist nach wie vor da und sitzt als unstillbarer Gast am Tische der Regierungsparteien. Sie steht

## Staatsstreichgelüste der Reichsregierung.

Rulchen oder Reichstagsauflösung!

Berlin, 19. Feber. (Eigenbericht.) Der Reichstag sieht sich bei seinem Zusammenritte einem Kabinettsbeschluss der Regierung Marx gegenüber, der auf Drängen des Reichsinnenministers gefaßt wurde und dahin geht, den Reichstag aufzulösen, wenn es sich eine der Parteien einfallen lassen sollte, Abänderungsanträge zu den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen einzubringen, oder wenn der Reichstag sich unterziehen sollte, die Verordnungen in Ausschüssen noch einmal zu beraten. Von dieser Auf-

fassung der Reichsregierung, die am Ausnahmestand Geschehen gefunden hat, sieht der Reichskanzler persönlich die Führer der Parteien am Dienstag in Kenntnis. Wenn also nicht alle Anzeichen trügen, muß man mit einem Staatsstreich der Reichsregierung gegenüber dem Reichstag gefaßt sein und tatsächlich rechnet man in parlamentarischen Kreisen bereits damit, daß das Parlament schon nach einigen Tagen nicht mehr sein wird.

## Der Wiener Bankbeamtenstreik.

Die Regierung vermittel.

Wien, 19. Feber. (Eigenbericht.) Die Zentralbank der Gemeinde Wien hat heute mit ihren Angestellten einen Vertrag abgeschlossen, wonach diesen die fünfzehnjährige Gehaltserhöhung, die die Bankbeamten überall verlangen, erhalten. Die Zentralbank und die Arbeiterbank und die Postsparkasse sind die einzigen Kreditinstitute in Wien, in denen voll gearbeitet wird. Sonst ruht der Betrieb in allen Banken. Die Banken haben es versucht, die Prokuristen zu bewegen, in Verhandlungen mit ihnen einzutreten, mit der Begründung, daß die Prokuristen ja von der Ausbesserung ausgenommen waren. Die Prokuristen haben es jedoch überall abgelehnt, in Verhandlungen einzutreten. Dem Bankbeamtenstreik haben sich auch die Beamten der Nationalbank angeschlossen. Auch die Arbeiter der Nationalbank haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt, indem sie es ablehnten, mit Streikbrechern zusammen weiterzuarbeiten.

Der Bundeskanzler hat heute die Vertreter der Angestellten empfangen und hat sie ermahnt, an Verhandlungen teilzunehmen, die er anzubahnen wolle. Er verbandelt zur Stunde mit den Vertretern des Bankenverbandes. Es ist möglich, daß es morgen zu unverbändlichen Besprechungen des Bundeskanzlers mit beiden Teilen kommt, doch ist eine Beendigung des Konfliktes noch nicht abzusehen.

In den Banken arbeiten nur die Direktoren, die aber auch nicht im entferntesten die notwendigen Arbeiten erledigen können. Wenn der Streik noch einige Tage dauert, dürfte auch die Industrie in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Banken haben allerdings bei der Nationalbank vor dem Streik größere Geld-

beträge angefordert, die aber gerade dazu reichen, daß die Konzentration der einzelnen Banken befristet wird. Für die andere Industrie wird sich der Geldmangel bald empfindlich bemerkbar machen.

Die Beamten haben heute eine riesige Demonstration vor dem Rathaus veranstaltet. Von allen Bezirken kamen die Beamten in geschlossenen Zügen anmarschiert. Der Andrang war so groß, daß man die Versammlung nicht in der Volkshalle abhalten konnte. So wurde trotz der Kälte die Versammlung vor dem Rathaus abgehalten. Hier sprach auch der Vertreter des Industriearbeiterverbandes, der heftigsten Ausdruck gab und sagte, daß die Bankbeamten auf die Industrieangestellten rechnen können. Abg. Wiedenhofer sprach im Namen des Metallarbeiterverbandes und erklärte, daß, wenn der Kampf sich verschärfe, auch die Arbeiterschaft in diesen eingreifen werde.

## Eine Aquisition der Anglobank.

Aus Wien wird uns gemeldet: Vor ungefähr zwei Monaten hat die Wiener Anglobank der Anglo-tschechoslowakischen Bank den Direktor Jucker zur Verfügung gestellt, offenbar, um den Stand der „heimischen“ Direktionsmitglieder zu ergänzen. Kaum brach der Wiener Streik aus, eilte Direktor Jucker nach Wien, wo er dem bedrängten Mutterinstitut Streikbrecherdienste leistete. Der Verwaltung der Anglo-tschechoslowakischen Bank blieb es vorbehalten, ein Direktionsmitglied mit der „ehrenvollen Mission“ betraut zu haben. Wir nehmen an, daß die Prager Angestellten nicht verschleht werden, bei der Rückkehr des Streikbrechers Jucker die nötigen Triumphsporten zu bauen.

zeln, sondern um das System. Dieses System sieht im Staate trotz aller patriotischen Phrasen, mit denen es sich aufpumpt, nur die Domäne der Ausbeutung, das Feld der persönlichen Bereicherung. Nach dem Umsturz hat sich die zur Macht gelangte tschechische Bourgeoisie, wie sie es früher mit hungrigem Reid an der deutschen sah, nur noch gefräßiger als diese, wie ein Heuschreckenschwarm auf die Plantagen des Staates gestürzt. Es wäre lohnend, durch eine ehrliche Vermögensaufnahme einmal festzustellen, welches Einkommen und welches Vermögen manche Angehörige dieser Bourgeoisie und ihres politischen Trosses vor dem Umsturz besaßen und jetzt ihr Eigen nennen. Der sich ergebende Unterschied würde zeigen, wer bisher durch den Umsturz „befreit“ wurde. Die Feststellung dieser Tatsache würde natürlich nichts gegen die Republik und Demokratie und auch nichts für das frühere System der Monarchie beweisen. In der Monarchie wie in der bürgerlichen Demokratie kann ein Geschlecht von Gründern und Korruptionisten sein Unwesen treiben. Das ist auch hier gewiß der Fall. Jedenfalls bietet die demokratische Regierungsform, so verfaßelt sie in diesem Staate ist, die Handhabe, den hässlichen Ausfall am Staatskörper zu beseitigen. Die Republik ist krank, krank durch die Fülle der Blutegel, die an ihr saugen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung aller Nationen muß und wird die Heilung vollenbringen.

## Der sozialistische Student.

Von Dr. Otto Bauer.

Auf einer Konferenz sozialistischer Studenten Wiens hielt Genosse Otto Bauer das nachstehende Referat:

Die Zahl der sozialdemokratischen Studenten ist in Wien heute vier- bis fünfmal so groß als je vor dem Kriege. Wir alle legen diesem Erfolg große Bedeutung bei. Jeder denkende Sozialdemokrat versteht, daß die Arbeiterchaft die neue Gesellschaft nicht aufbauen kann ohne die aktive begeisterte Unterstützung des Ingenieurs, des Gutbesitzer, des Verwaltungsbeamten, des Arztes, des Gelehrten, des Künstlers, vor allem nicht ohne die Lehrer aller Arten und Grade. Wir alle wissen aber auch, daß die Gewinnung der Intellektuellen, die die Arbeiterchaft für ihre Bestimmung braucht, nicht beginnen kann mit den alten Gehirnen, auf denen allzu schwer die Bürde der Tradition lastet, sondern daß sie beginnen muß mit den jungen, noch bildbaren Gehirnen, daß also die Eroberung der Intellektuellen nicht anders erreicht werden kann als durch die Eroberung der Studentenschaft. Die

### deutschnationale Ideologie.

die heute noch die Mehrheit der Studenten beherrscht, ist entstanden in den siebziger und achtziger Jahren, in einer Zeit, in der in Oesterreich noch der Kampf zwischen dem Feudaladel und der Großbourgeoisie das politische Leben beherrschte. Sie ist groß geworden im Kampfe einerseits gegen die Regierung Taaffe, die Regierung des Feudaladels, die sich auf die deutschen Herrschenden stützte und auf die slowakischen Nationen stützte, andererseits gegen die große liberale Partei, in der sich unter der Führung der Großbourgeoisie und der hohen Bürokratie das deutsche Bürgertum gesammelt hatte. Es war damals ein starker demokratischer, antiparlamentarischer Zug in der deutschnationalen Studentenschaft. Ihr Nationalismus war die Aufsehung einerseits gegen die feudale Regierung, die um sprachliche Zugehörnisse an die Slawen die slavischen Nationen kaufte und dadurch die Herrschaft des Feudalismus aufrechterhielt, andererseits gegen die in der liberalen Partei herrschenden Bürokratie, die die nationalen Interessen der Deutschen ihrem gesamtstaatlichen Interesse, das heißt den Interessen der Dynastie unterordnete. Ihr Antiklerikalismus war der Protest gegen die Kirche, deren Einfluß die alpenländischen Bauern in den Dienst der Feudalherren stellte. Ihr Antisemitismus bedeutete den Versuch der Emanzipation der Intelligenz, von der die liberale Partei führenden, zum großen Teil jüdischen Großbourgeoisie, den Versuch der Emanzipation der Intelligenz von der politischen Hegemonie der Hochfinanz.

Diese Ideologie lebt noch weiter. Aber sie hat ihren ursprünglichen sozialen Sinn verloren.

Was ist der Nationalismus von deutschnationalen, die sich gegen die Arbeiter schützend vor Großbanken und Großindustriellen stellen, die doch schon zum großen Teil in Händen des ausländischen Finanzkapitals sind? Wie ist noch bürgerlicher Antiklerikalismus möglich, da doch nur noch der Einfluß der Kirche auf breite Wählermassen dem Bürgertum die Mehrheit erhält? Und was bedeutet noch der Antisemitismus von Parteien, die selbst völlig den Interessen der Großbourgeoisie dienen? Der jüdische Kapitalist bezahlt ja jetzt gern antisemitische Wahlschlächter, die ja nur noch dem Kampfe gegen die Arbeiterpartei dienen!

War in den achtziger Jahren aller politische Kampf beherrscht durch den Gegensatz zwischen Feudaladel und Großbourgeoisie, so ist jetzt aller politische Kampf beherrscht durch den Gegensatz zwischen der Großbourgeoisie, der alle bürgerlichen Parteien dienen und dem Proletariat. Der Student, der nicht ein braver Diener der Hochfinanz werden will, muß zur Arbeiterklasse kommen. Dieselben antidemokratischen, antiparlamentarischen Tendenzen, die die Studenten der achtziger Jahre in die deutschnationale Bewegung geführt haben, müssen sie jetzt zu uns führen. Das sichert der sozialdemokratischen Studentenschaft Wachstum und Zukunft!

Mit dem äußeren Wachstum allein ist uns aber nicht gedient. Gerade bei einer Studentenbewegung kommt es nicht nur auf die Quantität, sondern vor allem auf die Qualität an. Ein

Intellektueller, ein Student ist nur dann wirklicher Sozialdemokrat, wenn er im Kopfe die Schranken überwunden hat, die das Proletariat im Leben überwinden muß, wenn er sich in der Theorie zu den Fragen und Lösungen gedrängt fühlt, die das Proletariat dank seiner gesellschaftlichen Stellung und seinen materiellen Interessen in der Praxis lösen muß. Sozialdemokrat werden, das muß eine theoretische Überwindung der alten Welt, ein geistiger Bruch mit der alten Welt sein! Es muß

**eine geistige Revolution**

sein, die jeder einzelne erlebt, der zu uns kommt. In den neunziger Jahren sagte Viktor Adler zu Studenten einmal: „Was wir von den Studenten erwarten, ist, daß sie studieren“. Er meinte: die alte Welt studieren, um sie zu durchschauen, damit man mit ihr fertig werde, und den Weg zur neuen Welt studieren, damit man dem Kampfe um sie dienen könnte!

Als ich an der Universität war, waren wir nur eine kleine Zahl, aber wir hatten eine sehr starke geistige Anregung. Es war dies die Zeit, wo in der deutschen Sozialdemokratie die Bewegung des Revisionismus eingesetzt hatte. Es waren unter uns Revisionisten und Marxisten. Wir haben heftig gestritten. Und haben sehr, sehr viel gelesen und gelernt, um im Streit recht zu behalten. Die einen haben den Streitgegenstand methodologisch klären wollen und haben sich darum in die Philosophie gestürzt, die anderen historisch und haben darum Geschichte studiert, wieder andere ökonomisch und haben darum theoretische Nationalökonomie studiert. So ist uns dieses geistige Ringen zu einer furchtbaren Erkenntnisquelle geworden. Aus diesen Studien sind jene Arbeiten hervorgegangen, die man in der Welt draußen eine Zeitlang spottend, später mit vielerlei übertriebener Anerkennung den Titel des **Austraxismus** gegeben hat.

Heute aber hat der internationale Sozialismus viel tiefergehende Probleme, als es damals die des Revisionismus waren. Die Welt ist ja ganz neu geworden und wir ringen um die Anpassung an die neuen Verhältnisse. Es ist die Aufgabe der nächsten Generation, neue Probleme zu lösen, neue Synthesen zu finden. Dazu sollen die unter Ihnen, die das Zeug und das Interesse in sich fühlen, sich vorbereiten. Sie sollen sich die alten geistigen Waffen des wissenschaftlichen Sozialismus aneignen, nicht weil die schon aller Probleme Lösung enthielten, sondern weil das neue nur geschaffen werden kann, wenn man das Alte wirklich erworden hat, um es zu besiegen.

Und neben denen, die die allgemeinen Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus studieren, sollen Sie Arbeitsgemeinschaften haben, die die besonderen Aufgaben studieren, die Ihrer Karriere: die Mediziner die Probleme der sozialen Medizin und Hygiene, die Philosophen die Probleme der Schulreform, die Hörer der Hochschule der Bodenkultur das große Problem sozialistischer Agrarpolitik!

Gewiß haben Sie auch praktische Aufgaben

**im Kampfe um die Hochschulen.**

Aber in der Bewertung der Kahlbaldereien an den Hochschulen wollen wir vorsichtig sein. Ich bin nicht unbedingt gegen das Prügeln. Man erwidert keine Achtung, wenn man sich nur schlagen läßt, ohne zurückzuschlagen. Es darf aber nicht zum Zentralen in Ihrem Denken werden. Wer wirklich Sozialist ist, der versteht, wie erbärmlich klein und nichtig im Vergleich zu den großen Kämpfen unserer Zeit alle diese Studentenprügeleien sind.

**Der Auf der Wildnis.**

Von Jack London.

14

Zur Zeit, als sie Cassiar Bar erreichten, war er so krank, daß er mehrmals in den Strängen zusammenfiel. Der schottische Mischling rief Halt und nahm ihn aus dem Gesspann heraus, worauf er den nächsten Hund, Sol-lek, am Schlitten festmachte. Er hatte die Absicht, Dave zu schonen und ihn frei hinter dem Schlitten herlaufen zu lassen. Diesem widerstand sich Dave, so krank er auch war, und knurrte und stöhnte, als seine Stricke gelöst wurden, und er wimmerte herzzerbrechend, als er Sol-lek auf dem Platz sah, den er solange gehalten, an dem er so lange gedient hatte. Denn der Stolz auf Strang und Bahn erfüllte ihn, und er konnte nicht ertragen, daß ein anderer Hund seine Arbeit leisten sollte, wenngleich er krank bis auf den Tod war.

Wenn der Schlitten aufbrach, tappte er im weichen Schnee neben der festgetretenen Bahn her, schnappte nach Sol-lek, rannte gegen ihn an und versuchte ihn auf die andere Seite in den weichen Schnee zu drängen. Er bemühte sich fortgesetzt, in seine Stränge zu kommen, und immerzu weinte und bellte und schrie er vor Leid und Schmerz. Der Mischling versuchte, ihn mit der Peitsche fortzutreiben, aber er achtete nicht auf den schmerzenden Stieb, und der Mann hatte nicht das Herz, fester zuzuschlagen. Dave weigerte sich, ruhig auf der Bahn hinter dem Schlitten herzulassen, wo er leicht hätte gehen können, und er fuhr fort, wo das Laufen sehr beschwerlich war, bis er erschöpft zusammenfiel. Er blieb liegen und heulte trostlos, als der lange Zug der Schlitten an ihm vorbeikam.

Mit dem letzten Ueberrest seiner Kraft brachte er sich wieder auf die Beine und wankte hinter dem Schlitten her, bis der Zug einmal anhält. Dann tappte er nach seinem Schlitten und

**Ein nationalsozialistischer Gefinnungslump.**

**Ein latentkreuzerlicher Stadtrat als Denunziant entlarvt.**

Aussig, 19. Febr. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung der Stadtvertretung teilte der tschechische nationalsozialistische Stadtrat Dr. Kubista mit, daß im Jahre 1918 unmittelbar nach dem Umsturz der jetzige Stadtrat und Intendant des Stadttheaters, das Mitglied der deutschen nationalsozialistischen Partei Herbert Schier zu dem damaligen „Rarodni Bybor“ gekommen sei und dort anfragte,

warum das tschechische Militär so lange mit der Besetzung des Rathauses warte.

Er erklärte sich bereit, den tschechischen Machthabern an verschiedenen Orten der Stadt Waffen der deutschen Bevölkerung zu zeigen, und ließ durchblicken, daß er dies tue, um den Bürgermeisternposten zu erhalten. Schier war damals einundzwanzig Jahre alt und man betrachtete ihn jedenfalls als nicht ganz normal. Die Aussagen von Dr. Kubista wurden von dem tschechischen kommunistischen Stadtrat

Sramek, damals ebenfalls Mitglied des „Rarodni Bybor“, bestätigt, der erklärte, daß Schier zum Direktor des tschechischen Konsumvereines Rarodni wiederholt gekommen sei, und in einer Sitzung des „Rarodni Bybor“ sein Anerbieten offiziell gemacht habe.

Stadtrat Schier wußte auf diese Anschuldigungen nichts zu erwidern.

Namens der nationalsozialistischen Partei gab Bürgermeistermeister Tischer die Erklärung ab, daß Schier zu jener Zeit nicht der nationalsozialistischen Partei angehört habe. Auf die Frage unserer Genossen, ob Schier jetzt noch dieser Partei angehören werde, erwiderte Tischer, daß dies

Sache des Schier sei.

Man wird zu dieser sehr eigenartigen Entscheidung über eine latentkreuzerliche Größe noch einiges zu berichten haben.

**Inland.**

**Tuönys Sturz.**

Der „freiwillige“ Rücktritt. — Verwirrung im „Ceske Slovo“. — Stürbung bei Masaryk.

Die Spiritusaffäre hat wiederum einen Ausläufer gefunden: der durch die Votwegelder kompromittierte Postminister Tuönys ist dem Senatspräsidenten Pradel nachgefolgt und hat sein Amt verlassen müssen. So wie Pradel „freiwillig“ gegangen ist, so wie ihm der Dank der agrarischen Partei und das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen wurde, so wie er Senator geblieben ist, so scheidet auch Tuönys freiwillig (aus Gesundheitsrücksichten“), so schenkt ihm der nationalsozialistische Volksgenossenschaft sein Vertrauen und so bleibt auch er Abgeordneter. Es ergibt sich also eine Duplizität der Fälle, denn auch der Urheber der Demission der beiden durch die Spiritusaffäre kompromittierten Politiker ist wohl außerhalb der Koalition zu suchen. Es hat sich gezeigt, daß die Koalition selbst nicht die moralische Kraft in sich hat, um die Korruptionisten aus ihren Reihen zu entfernen, daß sie vielmehr durch äußeren Eingriff dazu gezwungen werden muß.

Geradezu köstlich ist es, wie sich das „Ceske Slovo“ nach allen Seiten dreht und wendet. Es schildert die Demission des Ministers Tuönys so, daß Tuönys am Freitag dem Ministerpräsidenten Svehla mitteilte, daß er zurücktreten und daß er seinen Schritt damit begründete, daß er nicht weiter den beständigen und grundlosen Angriffen der Presse ausgesetzt sein wolle. Ministerpräsident Svehla habe es abgelehnt, von der Demission dem Präsidenten der Republik Mitteilung zu machen und habe den Minister Tuönys aufgefordert, die Sache gut zu erwägen und die Entscheidung bis Montag zu vertagen. An diesem Tage kündigte Minister Tuönys dem Ministerpräsidenten an, daß er auf der Demission beharre, worauf der Ministerpräsident sich entschied, die Demission dem Präsidenten der Republik zur Annahme zu empfehlen. So weit das Morgenblatt des „Ceske Slovo“. Aber wie dies bei diesem Blatte öfters vorzukommen pflegt, wußten die Redakteure des Abendblattes nicht, was im Mor-

genblatte steht und schilderten die Sache wieder ganz anders. Tuönys Gesundheit sei infolge Ueberarbeitung, so heißt es im Abendblatt, gebrochen worden. Er sei auch als Minister täglich ins Sekretariatssekretariat gegangen und habe hier bis in die späten Abendstunden gearbeitet. Dies habe man nicht übersehen dürfen und man dürfe daher nicht warten, bis Minister Tuönys erschöpft zu Boden sinke. Wenn die Befürchtungen des „Ceske Slovo“ tatsächlich gerechtfertigt sind, so sind wir um das Leben des Ministers Franke, der jetzt unter seinem eigenen Ressort auch noch das Postministerium verwalten muß, ernstlich besorgt. Denn der Minister Franke ist bekanntlich eine weit schwächere Natur als der beinahe zu Boden gesunkene Tuönys.

Im selben Blatt veröffentlicht die nationalsozialistische Parteileitung eine Erklärung, daß auf die Demission Tuönys die Presseangriffe durchaus keinen Einfluß hatten und daß die Demission aus Gesundheitsrücksichten erfolgt sei. Das steht auf Seite vier des „Ceske Slovo“, während auf Seite drei noch das Gegenteil verifiziert wird! Das Durcheinander bei den Nationalsozialisten ist also nicht gerade klein.

Die „Vidovsk Roviny“ sagen zur Demission: Am Samstag hat Tuönys demissioniert, nachdem er vorher die Sache mit seiner Partei und dem Ministerpräsidenten Svehla abgemacht hatte und nachdem Stürbung vom Präsidenten der Republik empfangen worden war, sicherlich auch im Zusammenhang mit der Sache. Es ist zweifellos, daß Tuönys durch fortgesetztes Leugnen seine Partei in eine schwierige Situation brachte, aber es ist auch zweifellos, daß die Partei, wenn sie nur gewollt hätte, die Sache früher hätte untersuchen lassen können. Tuönys glaubte, durch Leugnen über den tatsächlichen Stand der Dinge hinwegzutäuschen, damit die Partei ihm und seinen stillen Gefolgschaften, der das Geld aus dem Spiritusfond brachte, ertrage. Tuönys kelog sich selbst, er belog die Partei, er belog die Öffentlichkeit und wurde so als Mitglied der Regierung unmöglich.

Die „Tribuna“ meint, daß dieselbe energische Welle, die den Senatspräsidenten weggeschwemmt hat, nunmehr auch Tuönys ergriffen hat und daß die verschiedenen Unternehmungen Tuönys beim Präsidenten der Republik lebhaftesten Unwillen geweckt haben. Der Abgang Tuönys überreicht auch die nationalsozialistische Partei nicht, für die er eine strenge Warnung darstellt. Politische Folgen wird der Abgang Tuönys direkt nicht haben, seine Demission muß mehr stillschweigend wirken.

**Die Raiben.**

„Aude Provo“ veröffentlicht eine Zuschrift der „Republikanischen Liga für die stillische Wiedergeburt der Nation“, in der es heißt: „Die Republikanische Liga für die stillische Wiedergeburt der Nation erkennt an, daß es im Interesse unseres Staates liegt, ehestens von der öffentlichen Verhandlung der Spiritus- und anderen Affären in der Presse Abstand zu nehmen, da ähnliche Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis führen können und ihre Art und Weise (Polémique, Ausrottung neuer Affären, persönliche Angriffe u. a.) nur das Prestige unseres Staates schädigen würden. Wir wenden uns deshalb mit der dringlichen Bitte an alle Exekutivkommissionen aller politischen Parteien ohne Unterschied, aus ihrer Mitte eine besondere Untersuchungskommission, die aus Vertretern, nicht Abgeordneten, aller politischen Parteien zusammengesetzt ist, einzusetzen, und sie damit zu betrauen, die genannten Affären zu untersuchen. Gleichzeitig bitten wir alle Exekutivaus-

Es gibt für Sie viel wichtigere praktische Aufgaben. Sie wollen Vorträge bei unseren Jugendlichen halten. Wer die materialistische Geschichtsauffassung ernst nimmt, der weiß, daß der Arbeiter, der acht Stunden in der Fabrik schwer arbeitet, anders als schön gut und wahrhaft empfinden muß, als der Mann, der acht Stunden täglich bei den Büchern sitzt. Darum ist der junge Student dem Arbeiter oft sehr fremd, weil seine Art zu denken, infolge der ganz anderen Art der Lebensführung und der Erziehung ihm fremd erscheinen muß. Es gilt also für den Studenten erst zu lernen, wie er das, was er studiert hat, dem jungen Arbeiter näherbringen soll. Nicht mit dem Hochmut des Besserwissens, sondern mit der geziemenden Bescheidenheit desjenigen, der nur deshalb studieren konnte, weil andere für ihn vor ihrem vierzehnten Lebensjahre an das Brot verdienen mußten! Sie sollen

**zu den Arbeitern gehen,**

aber bevor Sie zu ihnen gehen, heißt es: gut vorbereiten! Man darf nicht zu den Arbeitern kommen und einen Vortrag halten, den man gerade aus einem Buche herausgelesen hat. Sie sollen nur darüber vor Arbeitern sprechen, was Sie mit höchster Gewissenhaftigkeit ernsthaft studiert haben! Dann werden Sie nicht nur die Arbeiter etwas lehren, sondern vor allem von den Arbeitern selbst, im Umgang mit den Arbeitern, sehr, sehr viel lernen können. So arbeitend, werden Sie die Aufgabe einer sozialdemokratischen Studentenbewegung erfüllen: der Arbeiterbewegung den Ingenieur, den Gutbesitzer, den Arzt, den Gelehrten, den Künstler und vor allem den Lehrer erziehen, die sie braucht, um die alte Welt zu stürzen und die neue aufzubauen.

**Ludendorff geht wieder um!**

München, 19. Febr. (Eigenbericht.) Die bisherigen Befugnisse des bayerischen Generalstaatskommissars sind von der Regierung auf die einzelnen Regierungspräsidenten, in München und Nürnberg auf die Polizeipräsidenten, übertragen worden. In München hat sich unter dem „Ehrenvorsitz“ von Ludendorff eine deutschvölkische Studentenbewegung gebildet, die ihre Tätigkeit auf die Hochschulen des gesamten deutschen Staatsgebietes ausdehnen soll.

stellte sich neben Sol-lek. Der Treiber hielt einen Augenblick an und ließ sich von seinem Hintermann Feuer für die Pfeife geben, dann kam er zurück und trieb seine Hunde an. Diese ließen es merklich an Anstrengung fehlen, als sie die Stränge anzogen, drehten unruhig ihre Köpfe und blieben plötzlich stehen. Der Treiber war ebenfalls überrascht, denn der Schlitten war nicht von der Stelle gegangen. Er holte seine Kameraden herbei, um ihre Ansicht zu hören. Dave hatte die beiden Stränge des Sol-lek durchgebissen und stand vorn am Schlitten an seinem alten Platz.

Er flegte mit den Augen, dort bleiben zu dürfen. Sein Treiber war sprachlos. Die Andern redeten davon, daß einem Hunde das Herz brechen könnte, wenn er seiner gewohnten Arbeit entzissen würde, und nannten Beispiele, wo Hunde aus beleidigtem Stolz starben, weil sie, zu alt für die Arbeit, aus dem Gesspann herausgenommen worden waren. Daher hielten sie es für barmherzig, ihm den Willen zu tun und ihn in den Strängen sterben zu lassen, beruhigt und zufrieden, da er ja doch dem Tode geweiht sei. So wurde er wieder eingespannt, und stolz wie früher zog er, obgleich er häufig infolge der Schmerzen, die ihm sein inneres Leiden verursachte, unwillkürlich aufschrie. Mehrmals fiel er hin und wurde auf der Bahn mitgeschleppt, und einmal fuhr der Schlitten auf ihn, so daß er nachher auf einem seiner Hinterbeine hinkte.

Aber er hielt aus, bis das Lager erreicht war, wo sein Treiber einen Platz für ihn am Feuer zurecht machte. Am andern Morgen war er zu krank, um marschieren zu können. Zur Zeit des Aufschreiens versuchte er, zu seinem Treiber hin zu kriechen. Nach krampfhafter Anstrengung kam er auf die Füße, aber er wankte und fiel hin. Dann kroch er langsam dahin, wo seine Gefährten angeharrt wurden. Er wollte seine vier Beine vorwärts strecken und seinen Körper zusammenschieben, um mit einer Art rückwärtiger Bewegung einige Zoll weiter zu kommen. Aber seine

Kraft verließ ihn, und als seine Gefährten ihn zu leicht sahen, lag er leuchtend im Schnee, wo er heftig heulend nach ihnen verlangte. Und dieses schmerzliche Heulen hörten sie noch, als sie hinter dem Gürtel der Flußbäume verschwanden. Hier machten sie Halt. Der schottische Mischling ging langsam und schweigend zum Lager zurück. Da fiel ein Schluch. Der Mann lehrte eilig zu den Schlitten zurück: die Peitschen fuhren durch die Luft, die Glöckchen klangen fröhlich, und die Schlitten glitten über die Bahn. Aber Dud und alle andern Hunde wußten, was sich hinter der Reihe der Flußbäume ereignet hatte.

**V.**

**Die Beschwerden von Bahn und Strang.**

Dreißig Tage nach der Abfahrt von Dawson kam die Salzwasser-Post mit Dud und seinen Gefährten an der Spitze in Stagnay an. Sie waren in elendem Zustande, matt und gänzlich herunter. Duds Hundertvierzig Pfund waren auf hundertfünfundzwanzig zusammengeschrumpft, und der Rest seiner Gefährten, obgleich sie leichter waren, hatte an Gewicht verhältnismäßig mehr verloren als er. Bilk, der Simulant, der während seiner hinterhältigen Laufbahn oft mit Erfolg ein krankes Bein vorgeführt hatte, hinkte jetzt wirklich. Sol-lek hinkte ebenfalls, und Dud litt an einem verrenkten Schulterblatt.

Sie waren alle entsetzlich fußkrank; es war keine Springkraft in ihnen geblieben. Ihre Füße fielen schwer auf die Bahn, wodurch ihr Körper erschütterte und die Qual des Tagewerks verdoppelt wurde. Es war nicht die Todmüdigkeit, die nach einer kurzen ungeborenen Anstrengung eintritt, von der man sich aber nach wenigen Stunden erholen kann, sondern es war die Todmüdigkeit, die infolge der langsamen und fortgesetzten Kraftabnahme einer monatelangen schweren Arbeit entsteht. Nicht einmal die Kraft zur Wiedererlangung der verlorenen Kräfte war ihnen ge-

blieben; es war alles bis auf das letzte Restchen aufgebraucht. Jeder Muskel, jede Faser, jede Zelle in müde, totmüde. Und das hatte seinen Grund. In weniger als fünf Monaten hatten sie fünfundsiebzigtausend Meilen zurückgelegt und während der letzten achtzehnhundert nur fünf Rasttage gehabt. Als sie in Stagnay ankamen, waren sie augenscheinlich am Ende ihrer Kraft. Nur mühsam konnten sie noch die Stränge straff halten, und nur noch soeben gelang es ihnen auf der rechten Bahn zu bleiben.

„Vorwärts, ihr armen Kranken Füße,“ erinnerte der Treiber die müden Tiere, als sie die Hauptstraße von Stagnay hinabtröteten. „Das ist jetzt der Schlaf, und wir bekommen nun eine lange Rast.“

Die Treiber erwarteten zuversichtlich eine lange Ruhepause. Sie selbst hatten hundertfünfzig Meilen mit nur zwei Rasttagen zurückgelegt und wirklich von rechtswoegen Ruhe verdient. Aber es waren so viele Menschen ins Goldland gekommen, deren Frauen und Angehörige noch nicht alle hatten besördert werden können, so daß die überfüllte Post alpine Verhältnisse annahm. Die amtlichen Stellen ordneten an, daß frischer Nachschub von Hudson Bay-Hunden die Plätze der für den Zug unbrauchbar gewordenen Tiere einnehmen und diese letzteren gegen Entgelt verkauft werden sollten.

Drei Tage vergingen, in denen Dud und seine Gefährten fanden, daß sie unfähig müde und krank seien. Am Morgen des vierten Tages erschienen zwei Männer aus den Staaten und kauften sie samt dem ganzen Geschirr (stotbillig). Die Männer hießen Hal und Charles. Charles war von mittlerem Alter und hellfarbig, mit fränkischen und wässrigen Augen und einem Schnurrbart. Der fähig und grimmig in die Höhe gedreht war und die müde Hängelippe, die er bedeckte, Lügen sprach.

(Fortsetzung folgt.)

schaffe, bei den Herausgebern und Redaktionen ihrer Blätter einzuschreiben, bis zur Aufhellung der angeführten Affären jede öffentliche Behandlung dieser Affären in der Presse zu unterlassen.“ Das Blatt sagt, daß, wenn die Liga an eine Remedur auf diesem Wege glaubt, sie nur beweist, daß sie nicht eine Ahnung vom tschechoslowakischen politischen Leben und von der Kompliziertheit der Korruptionsaffären bei uns hat. Dann sind sie sehr naive Leute. Wenn sie nicht daran glauben und dennoch den Antrag stellen, dann ist es klar, daß sie ein Interesse an der Vertuschung der Korruption und an der Täuschung des tschechoslowakischen Volkes haben. Wir wollen vorläufig glauben, daß sie nur sehr naive Leute sind.“

**Deutschnationale und Tschechnische nationale.**

Am deutschnationalen „Volkswort“ des Herrn Schöllich vom 8. Feber wird ein Klagegedicht über die Undankbarkeit der Tschechnischen nationalen. Wörtlich heißt es in einem Bericht aus S. Krummau:

„Die Vertrauenslosigkeit der Deutschen beginnt sich zu rächen, Stück für Stück lassen wir uns ohne sonderlichen bemerkbaren Widerstand von den Segnern entreißen, man schenke ihnen (den Tschechnischen nationalen) einen Vizebürgermeister, um ein erträgliches Zusammenwohnen zu ermöglichen, man kommt ihnen in sprachrechtlicher Beziehung entgegen, Deutsche besuchten in überwiegender Mehrzahl ein Konzert der Tochter des tschechnischen Kinderheitsführers — natürlich der Kunst wegen — und vergaßen dabei, daß der Erlös der „Pománska jednota“ zugewonnen sein soll. Die Mehrheit bei den letzten tschechnischen Wahlen sollen auch Deutsche gewesen sein und so könnte man weiter anlagen.“

Es ist wirklich undankbar von den Tschechnischen nationalen, wenn sie ihren deutschnationalen Brüdern jetzt solche Schwierigkeiten machen, zumal doch die Deutschnationalen bei der Konstituierung der Gemeindevertretung so zuvorkommend gegenüber ihren tschechnischen Antipoden waren. Obwohl von 36 Gemeindevertretern nur fünf Tschechnischbürgerliche waren, wurde mit den Stimmen der deutschen Nationalpartei ein Tschechnischer zum ersten Vizebürgermeister der Stadt Krummau gewählt. Die Deutschnationalen, in ihrer „Vertrauenslosigkeit“ (oder aus Furcht vor den Arbeitervertretern?) haben den Tschechen einen Vizebürgermeister geschenkt und auch sonst keinen bemerkbaren Widerstand geleistet. Sie besuchen die tschechnischen Unterhaltungen und machen überhaupt alles, was die Tschechnischen nationalen wollen und trotz alledem sind die Tschechnischbürgerlichen noch nicht zufrieden. Sie liebäugeln sogar mit den Kommunisten und vergessen, was die deutschnationalen Kampfhähne für sie bisher getan haben. Die Krummauer Deutschnationalen sind jedoch so schlau, und bringen ihre Klagen gegenüber den Tschechen in einem Blatt zur Veröffentlichung, das in Krummau selbst von herzlich wenig Menschen gelesen wird und hoffen somit, es mit ihren tschechnischen Brüdern nicht zu verderben. Sind sie doch bisher durch die und dünn miteinander gegangen. Es erscheint darum auch nicht recht glaubwürdig, daß plötzlich ein Riß in der Koalition entstanden wäre. Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß beide Teile nach wie vor in allen Fragen einig sein werden, wo es sich um das Wohl und Wehe der besitzenden Klasse handelt wird.

„Deutschfreigeistliche Arbeiter“. Von Zeit zu Zeit hört man von einer „Freien Gewerkschaft freigeistlicher Arbeiter“, die in Aussicht ihre Zentralfstelle hat. Da der Führer der Auffiger Demokraten der Fabrikant Wolftrum ist, kann man sich denken, welche Funktion diese sogenannte Gewerkschaft hat. Das geht auch aus einer Kundgebung anlässlich des Kampfes der Metallarbeiter in Nordböhmen hervor, worin die deutschfreigeistlichen Herrschaften sagen, daß es sich hier lediglich um einen Konflikt zwischen den Vorsitzern des internationalen Metallarbeiterverbandes und der Unternehmerschaft handelt, und daß der Kampf von dem genannten Verband „im Widerspruch zu den wirklichen Interessen der Metallarbeiter-schaft heraufbeschworen wurde“. Es wird dann ganz im Tone der Unternehmer von Verhöhnung der Arbeiterhaft und so weiter gesprochen. In einer Zeit also, wo sich die Arbeiter im schärfsten Kampf mit den Unternehmern befinden haben, fällt die sogenannte freie Gewerkschaft deutschfreigeistlicher Arbeiter der Klassenbewußten Arbeiter-schaft in den Rücken und besorgt damit die Geschäfte des Unternehmertums.

Noch immer kein deutscher Hebammenlehrkurs! Da sich die medizinische Fakultät der tschechnischen Universität in Prag weigert, den tschechnischen Hebammenkurs zu übernehmen, mußte er nach Brünn verlegt werden. An maßgebender Stelle wollte man nun nicht zugeben, daß nur der deutsche Kurs in Prag gehalten wird. Es soll daher der deutsche Kurs im Anschluß an den im Gange befindlichen tschechnischen in Brünn ab Juli 1924 abgehalten werden. Ob dies wahr ist, ist eine andere Frage. Die bisherige Verzögerungstaktik der maßgebenden Stellen läßt es bezweifeln. Bedenklich ist auch, daß an die Kursteilnehmerinnen bezüglich der Vorbildung recht große Anforderungen gestellt werden, ohne daß gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Lage der Geburtshelferinnen verbessert würde. Das wird zur Folge haben, daß die geprüften Hebammen die ärmeren und dünn bevölkerten Teile des Landes meiden und sich in den Städten zusammenfinden werden.

**Die politische Lage — Achtstundentag — Sowjetrußland.**

**Beschlüsse der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.**

Die Exekutive der Sozialistischen Internationale hielt, wie bereits bekannt, am 16. und 17. Feber in Luxemburg eine Sitzung ab, über deren Verlauf wir einen ausführlichen Bericht noch nachtragen werden. Im nachstehenden veröffentlichen wir den Wortlaut der von der Exekutive gefassten Beschlüsse.

**Zur politischen Lage.**

Die Internationale hat seit jeder die Kräfte der Menschheit als die Grundlage jener neuen Gesellschaftsordnung angesehen, die die Arbeiterklasse schaffen will. Sie begrüßt aus ganzem Herzen den Erfolg der Bemühungen der englischen Genossen, die von den gleichen Gedanken erfüllt, der internationalen Politik, die es nun der Kampfzweck für die raubgierigen Interessen des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern war, eine neue Wendung geben wollen.

In der gegenwärtigen Situation hält es das Exekutivkomitee der Internationale nicht für notwendig, die so oft erlassenen Erklärungen über die Voraussetzungen einer Politik des Friedens und der Verjüngung nach diesem Weltkrieg zu dem das alte kapitalistische und antidemokratische Herrschaftssystem geführt hat, noch einmal zu wiederholen. Es genügt hier festzustellen, daß der Gang der Ereignisse uns vollkommen recht gegeben hat. Stets haben wir die vollständige Ruhelosigkeit und die Gefahren einer Politik der Gewalt und des Zwanges aufgezeigt. Es ist eine Schmach für die Menschheit, daß fünf Jahre nach dem formellen Friedensschluß die Bevölkerung weiter Gebiete unter der Willkürherrschaft des Militarismus der Sieger verbleibt und wir erheben lauter als je die von der Internationale so oft gestellte Forderung nach der Räumung der besetzten Gebiete in kürzester Zeit.

Zugleich wiederholen wir, daß die Wiederherstellung der durch das schreckliche Wüten des Krieges zerstörten Gebiete ohne Umschweife und ohne Hinterhältigkeit durchgeführt werden soll.

Indem die Exekutive konstatiert und es als Fortschritt anerkennt, daß seit dem Siege der britischen Arbeiterpartei die kapitalistischen Regierungen selbst gezwungen sind, eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems zu suchen, macht sie doch nachdrücklich darauf aufmerksam, daß auch eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems, wie die kapitalistischen Regierungen sie nunmehr suchen, zu einer ernstlichen Gefahr für das internationale Proletariat werden kann.

Wenn nämlich die Lösung der deutschen Arbeiterklasse Lasten auferlegt, die nur getragen werden könnten bei Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland über acht Stunden und bei empfindlicher Senkung des Reallohnes der deutschen Arbeiter, dann würde der Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz auch auf die anderen Länder einen Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Senkung der Löhne üben. Die Reparationen würden auf diese Weise faktisch bezahlt werden nicht von der für den Krieg verantwortlichen und an den Kriegserfolgen bereicherten kapitalistischen Klassen Sowjetlands, sondern von den Arbeitern aller Länder.

Die Exekutive warnt daher die Arbeiter aller Länder vor der ersten Gefahr, daß die kapitalistischen Regierungen, die bisher durch den Streit um die Reparationen die Lebenshaltung der Arbeiter gedrückt haben, nunmehr durch eine Verständigung über die Lösung des Reparationsproblems mit rein kapitalistischen Methoden die Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter zu drücken versuchen werden.

Ansprüche dieser Gefahren erklärt die Exekutive, daß die Verständigung über das Reparationsproblem nicht nur die Befreiung der besetzten Gebiete ermöglichen und nicht nur den Anspruch Frankreichs und Belgiens auf Reparationen mit der Notwendigkeit der Stabilisierung der Währungen und der Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichtes in Europa in Einklang bringen, sondern auch

die internationale Arbeiterklasse vor einer allzuheftigen deutschen Konkurrenz dadurch schützen muß, daß sie die Wiederherstellung des Achtstundentages in Deutschland und seine Aufrechterhaltung in der ganzen Welt garantiert und das Schwergewicht der Reparationsleistungen nicht der deutschen Arbeit, sondern dem deutschen Kapital anferlegt.

Wir bestehen daher auf der Forderung, daß in der schweren Frage der Reparationen, die augenblicklich in der ganzen Welt obenan steht, nicht bloß dem rein ökonomischen und finanziellen, sondern auch den sozialen Erwägungen Rechnung getragen werde. Wir bestehen nicht minder auf der absoluten Notwendigkeit, endlich mit den veralteten Methoden zu brechen und an ihre Stelle jene

Politik der Aufrichtigkeit und des Vertrauens zu setzen, die stets die internationalen Beziehungen der Arbeiterparteien untereinander gelöst

hat. Ohne sie wird man niemals zu jenem Gefühl wechselseitiger Sicherheit gelangen, das für die friedliche Entwicklung der Welt ebenso wichtig ist, wie die Lösung des Reparationsproblems selbst. Durch guten Willen, dadurch, daß der noch unzulängliche Bölkerbund umfassender und demokratischer gestaltet wird, wird es sicher möglich sein, diesem Gefühl der Sicherheit nahe zu kommen, das die notwendige Vorbedingung ist, um den Rüstungen Einhalt zu gebieten

und zur allgemeinen Abrüstung und zu dem obligatorischen Schiedsvertrag zwischen den Staaten zu gelangen, die die Internationale ebenso fordert wie die

**Entmilitarisierung und Neutralisierung gewisser Grenzgebiete.**

Wir hoffen, daß auch diese Frage, von denen vielleicht die Zukunft der Menschheit abhängt, die der Krieg in einem Zustand der Zerrissenheit zurückgelassen hat, einer gründlichen Untersuchung zugeführt werden.

**In diesem Augenblick, in welchem gewisse Anzeichen trotz allem zu Hoffnungen berechtigen,**

ruft die Internationale daher noch einmal die Arbeiterklasse und alle, die guten Willens sind und die erkannt haben, daß heute die Arbeiterklasse die wirklich große Kraftträgerin des Fortschritts ist, auf ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um eine Lösung der Probleme herbeizuführen, die so lange den Ausblick verdrängert haben.

**Widerstand gegen die Angriffe auf den Achtstundentag!**

**Internationale Massenaktion für die Ratifizierung der Konvention von Washington.**

In Erwägung, daß die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland, eine der verhängnisvollen Folgen des Ruhrkonfliktes, das Unternehmertum in vielen Ländern zu heftigen Angriffen auf den Achtstundentag ermutigt hat;

daß jede Einschränkung der Geltung des Achtstundentages in einem Lande sofort in vielen anderen Ländern heftige Angriffe der Kapitalistenklasse gegen den Achtstundentag zur Folge hat,

fordert die Exekutive der Arbeiter aller Länder auf, sich allen Angriffen der Unternehmerschaft gegen den Achtstundentag mit allen Kräften zu widersetzen;

begrüßt sie die Initiative der britischen Arbeiterregierung, die allgemeine Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag durchzusetzen;

fordert sie alle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien auf, die Bemühungen der britischen Arbeiterregierung dadurch zu unterstützen, daß sie, jede in ihrem Lande, die Ratifizierung der Konvention von Washington durchzusetzen sich bemühen,

und beauftragt sie das Bureau, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in geeignetem Zeitpunkt eine internationale Massenaktion für die Ratifizierung der Konvention von Washington zu organisieren.

**Die Anerkennung Sowjetrußlands.**

**Wachsamkeit gegenüber den kapitalistischen Regierungen! — Amnestie für die politischen Gefangenen in Rußland!**

Die Exekutive der S. A. J. konstatiert mit Genugtuung, daß nach der de jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch die englische Arbeiterregierung und die Regierung Italiens die vollständige Anerkennung der Sowjetregierung durch alle anderen Mächte und die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen Rußland und Europa nunmehr als vollzogene Tatsache betrachtet werden kann.

Indem die Exekutive, in vollständiger Ueber einstimmung mit den Beschlüssen des Hamburger Kongresses die Bemühungen der sozialistischen Arbeiterparteien der einzelnen Länder für die Anerkennung der Sowjetregierung unterstützt, in der sie die beste Gewähr für die Einstellung des politischen Boykotts Rußlands und für die Unmöglichkeit der Wiederholung der Interventionen und Blockadepolitik, sowie eine Förderung der Demokratisierung des politischen Regimes in Rußland erblickt; indem die Exekutive die angeschlossenen Parteien auffordert, überall dort, wo die Bourgeoisie die Anerkennung Sowjetrußlands de jure noch bekämpft, oder sie an reaktionäre, für das russische Volk ausbeuterische Bedingungen zu knüpfen sucht, ihre Anstrengungen für die Anerkennung Sowjetrußlands zu verstärken, wobei besondere Wachsamkeit nötig ist, damit die kapitalistischen Regierungen dem russischen Volk nicht Bedingungen auferlegen, die wirtschaftlicher Verklammerung gleichkommen;

erachtet es die Exekutive in umso höherer Weise für die Pflicht der sozialistischen Arbeiterparteien in allen Ländern, die Sozialisten Rußlands in ihrem Kampf gegen das System der politischen Unterdrückung zu unterstützen.

Die Exekutive sendet ihre Grüße den in den Gefängnissen und Verbannungsorten Rußlands schmachtenden Genossen, die trotz der unerhörten Verfolgungen ihren sozialistischen Ueberzeugungen treu geblieben sind, und betrachtet es als die Pflicht der S. A. J. angeschlossenen Parteien, eine energische Aktion für die Förderung der vollständigen Amnestie für alle politischen Gefangenen in Rußland und für die Einstellung der Verfolgungen aller nichtkommunistischen Arbeiter- und Bauernorganisationen einzuleiten.

**Für die Befreiung Georgiens.**

In Anbetracht dessen, daß die rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung von allen Regierungen Europas erwogen wird, bringt das Exekutivkomitee den angeschlossenen Parteien in Erinnerung, daß, gemäß den Beschlüssen des Haager Kongresses die sozialistischen Parteien, indem sie jede von der Regierung ihres Landes de Anerkennung der Sowjetregierung fordern, zugleich darüber wachen müssen, daß dieser Akt die Fortführung der Verhandlungen über die Aufhebung der militärischen Besetzung Georgiens nicht hindert.

Das Exekutivkomitee fordert die angeschlossenen Parteien auf, eine Propaganda zugunsten der Befreiung Georgiens von der Besetzung durch die Sowjettruppen gemäß den Beschlüssen von Hamburg zu veranstalten.

**Für die Wiederherstellung der armenischen Heimat.**

In Erwägung, daß die Mächte der Entente unter Mißachtung der formellen Verpflichtungen, die sie im Vertrag von Lausanne auf sich genommen haben, Armenien den semalitischen Türken preisgegeben,

daß ungefähr eine Million armenischer Flüchtlinge den Belatomben im Jahre 1915 mit knapper Not entkommen sind, die noch immer im Ausland leben und der äußersten Not preisgegeben und unter das Verbot gestellt sind, an ihren heimatlichen Herd zurückzukehren,

daß in kurzer Zeit den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens Verhandlungen bezüglich der Ratifizierung des Vertrages von Lausanne beginnen werden, empfiehlt die Exekutive der S. A. J. mit Bezugnahme auf die Resolution des Hamburger Kongresses den sozialistischen Parlamentarieraktionen dieser drei Länder anlässlich der Debatte über den Vertrag von Lausanne die Wiederherstellung der armenischen Heimat in dem der Türkei unterstehenden Teil Armeniens zu fordern eine Forderung, deren große Wichtigkeit vom Bölkerbund und den Mächten selbst proklamiert worden ist.

**Telegramm...**

**„Deutsche Politik“ zum Schaden der Deutschen.**

Die „Deutsche Wahlgemeinschaft“ gefährdet das Auffiger Theater.

Auffig, 19. Feber. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung der Auffiger Stadtvertretung wurde auch die Theaterfrage behandelt. Da die Deutschnationalen mit ihrem Anhang nahezu keinerlei Verhandlungsbereitschaft zeigten, zerschlugen sich die Verhandlungen und es wurde heute gegenüber den Vorschlägen der Tschechen, die unserer Partei ihrer ersten Fassung durchaus diskutabel erschienen, ein Antrag der Wahlgemeinschaft angenommen, der nunmehr fast jede Aussicht auf eine Einigung unmöglich erscheinen läßt. Der 20. Feber ist der letzte Termin, an dem die politische Landesverwaltung das Ergebnis der gemeinsamen Verhandlungen erwartet und es ist nunmehr voranzusehen, daß entweder die politische Landesverwaltung die Schließung des Theaters verfügt, oder die Bedingungen der Tschechen der Konfessionserkunde einverleibt. Auf diese Angelegenheit wird noch zurückzukommen sein.

**Drohende Regierungskrise in Sachsen.**

Dresden, 19. Feber. Die Frage der Fortdauer des Belagerungszustandes in Sachsen droht eine Kabinettkrise herbeizuführen, da sämtliche bürgerlichen Parteien für die Beibehaltung des Ausnahmezustandes, die Sozialisten aber dagegen sind. In der nächsten wahrscheinlich am Freitag stattfindenden Kabinettsitzung dürfte die Krise zur Entscheidung kommen. Die endgültige Entscheidung liegt jedoch in Berlin, das das letzte Wort über die Fortdauer des Ausnahmezustandes in den einzelnen Landesteilen hat.

**Armes Thüringen!**

Berlin, 19. Feber. (Eigenbericht.) Die neue Regierung in Thüringen wird voraussichtlich den Ordnungsbund mit Unterstützung der Völkischen bilden. Sie soll aus drei Ministern und vier Staatsräten gebildet werden; eine durchaus reaktionäre Regierung wird damit die bisherige sozialdemokratische ablösen.

**Kahr geht — die Kahr-Diktatur bleibt!**

München, 19. Febr. (Woff.) Der bayrische Ausnahmezustand bleibt, den Bayern zufolge, bestehen. Die vollziehende Gewalt, die der Generalstaatskommissar inne hat, geht an die Regierung zurück. Die Funktionen werden wieder durch das Gesamtministerium ausgeübt, dem der bisherige Beirat des Generalstaatskommissars zur Verfügung stehen wird.

**Rohbachs Verhaftung.**

Wien, 19. Febr. (Eigenbericht.) Rohbach wurde im Laufe des heutigen Tages auf Grund des von der Münchener Staatsanwaltschaft erteilten Steckbriefes wegen Hochverrats dem Landgericht eingeliefert. Ob seine Auslieferung an Bayern erfolgen wird, werden erst die einzuleitenden Verhandlungen ergeben. In Wien hat sich Rohbach nur wegen Fälschung und Besitzes falscher Dokumente zu verantworten.

**Der Dodarbeiterstreik.**

**Keine Aussicht auf Beilegung.**

Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes des Devin teilt mit, daß Vertreter des Verbandes sich einem zur Untersuchung des Dodarbeiterstreikes gebildeten Regierungsgerichtshof stellen werden, ohne sich aber im voraus den Entscheidungen des Gerichtshofes zu unterwerfen. Devin betont, daß der Gerichtshof kein Schiedsgericht darstelle, und daß im Augenblick keine Rede davon sein könne, den Streik zu liquidieren.

Das Kabinett erörterte gestern die durch den Dodarbeiterstreik geschaffene Lage. Es wurden Pläne zur Aufrechterhaltung des Transportdienstes und Notstandsmassnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung erwoogen.

Macdonald erklärte, die Regierung werde nicht verfehlen, alle Schritte zu unternehmen, um den Transport der erforderlichen Lebensmittel sicherzustellen.

Die Führer der streikenden Gewerkschaften drohen mit der Ausdehnung des Streikes auf den Ueberlandtransport und den Omnibusverkehr, falls die Mitglieder des Verbandes der Schauerleute weiter bei der Arbeit bleiben. — 5000 Postfäcke aus Amerika, die mit dem Dampfer „Nieuw Amsterdam“ in Plymouth angekommen waren, wurden angehalten.

**Warnung an die Lebensmittelwucherer.**

London, 19. Febr. (A.R.) Gestern abends erließ die Regierung einen Aufruf, in welchem vor jedem Versuche, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben, und zwar im Zusammenhang mit den Arbeiterstreiks in den Docks, gewarnt und mit entsprechenden Massnahmen gegen die Spekulation mit Lebensmitteln zuungunsten der Verbraucher gedroht wird.

**Außenpolitische Debatte im Unterhaus.**

London, 18. Febr. Premierminister Macdonald beantwortete heute im Unterhause eine Reihe von Anfragen über die auswärtige Politik.

Auf die Anfrage des Parlamentarismitglieds Berkeley, ob der Premierminister in der Lage sei, eine Erklärung über die Ruhrbesetzung und die Reparationsfrage zu geben und ob er die Möglichkeit erwogen habe, diese Frage im Völkerverbund zur Erörterung zu bringen und, wenn ja, wozu er sich entschieden habe, erwiderte Macdonald, er könne augenblicklich keine Erklärung abgeben. Die Regierung werde zunächst die Schlüsse erwägen, zu denen die Reparationskommission kommen könne, nachdem sie den Bericht der Sachverständigenausschüsse von denen so viel abhängt, erhalten habe, um danach Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Regierungen zu eröffnen.

Auf eine Anfrage bezüglich der Berichte über den zunehmenden kriegerischen Geist in gewissen Bevölkerungsteilen Deutschlands antwortete der Premierminister, er versichere das Haus, daß die Regierung diesen Geistesstand nicht aus den Augen verlieren werde.

Sir Frederick Hall fragte, welches die allgemeine Grundlage für die Regelung der Pfalzfrage sei, der Großbritannien zugestimmt habe, wann und mit welcher Regierung ein derartiges Abkommen erzielt wurde. Macdonald erwiderte, es gäbe kein formelles dokumentarisches Abkommen, aber infolge eines ausgedehnten schriftlichen Gedankenaustausches zwischen den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens sei beschlossen worden, den Vertretern der drei Regierungen in Koblenz die Aufgabe anzuvertrauen, die Wiederherstellung der normalen Verwaltung in der Pfalz und die Entwaffnung aller zum Waffentragen nicht befähigten Personen zu veranlassen. Um eine Regelung auf dieser Grundlage herbeizuführen, habe die Abfindungskommission eine interalliierte Delegation ernannt, die mit den pfälzischen Ortsbehörden zusammenwirken wird.

**Poincaré hat sich zu Tode.**

**Postarbeit in der französischen Kammer.**

Paris, 19. Febr. Die Kammer stimmte in ihrer gestrigen Sitzung nach Annahme des Artikels betreffend den zwanzigprozentigen Steuerzuschlag und nach Ablehnung zahlreicher Abänderungsvorschläge in rascher Aufeinanderfolge allen Artikeln von 4 bis 31 zu, ausgenommen den die Umsatzsteuer betreffenden Artikel, der auf

Ersuchen des Finanzministers einer späteren Behandlung vorbehalten wird. In Ergänzung des Artikels, welcher jene Steuern aufzählt, die von der zwanzigprozentigen Erhöhung ausgenommen sind, nahm die Kammer einen Antrag an, welchem die Regierung zustimmte, der dazu dienen soll, den Verwaltungsbehörden die Arbeit zu erleichtern und nachzuweisen, daß die gegen die Landwirte erhobenen Aufschuldigungen, sie kämen angeblich ihrer Steuerpflicht nicht nach (wie konisch; gerade die französischen Agrarier wären von der allgemeinen bäuerlichen Steuerfreiheit ausgenommen! Die Red.), unbegründet seien.

Die Sitzung wurde um halb 6 Uhr früh geschlossen. Vor Schluß derselben konstatierte der Generalberichterstatter Dolanowski, daß bisher insgesamt 4730 Millionen an Steuern bewilligt worden seien. Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, nachmittags.

Um 3 Uhr früh nahm die Kammer mit 315 gegen 254 Stimmen den Artikel an, durch welchen der zwanzigprozentige Zuschlag zu sämtlichen staatlichen Steuern eingeführt wird. Die Kammer lehnte hierauf eine große Zahl von Zusatzentwürfen, bei welchen die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, ab.

**Der Fiume-Vertrag angenommen.**

Belgrad, 19. Febr. In fortgesetzter, teilweise sehr erregter Debatte über den Vertrag mit Italien, vertrat der kroatische Dissident Dr. Lovic den Standpunkt, daß der Verlust Fiumes auf die innere Schwäche des Königreiches SCS zurückzuführen sei, welche wiederum die Folge des zwischen den Serben und Kroaten bestehenden Konfliktes sei. Es wäre richtig gewesen, es darauf ankommen zu lassen, daß Italien Fiume um den Preis der Verletzung der internationalen Verträge annehmen würde, in welchem Falle es offenkundig geworden wäre, daß es sich um Gewalt handelt. Jugoslawien sei das erste und wichtigste Hindernis der imperialistischen Politik Italiens auf dem Balkan.

Belgrad, 19. Febr. Die Skupshtina nahm den Vertrag in erster und zweiter Lesung, und zwar mit 123 gegen 21 Stimmen an. Für den Vertrag stimmten die Radikalen und die südbosnischen Türken, gegen den Vertrag die Demokraten und Agrarier. Die Slovenische Volkspartei und die bosnischen Mohammedaner enthielten sich zum Zeichen des Protestes gegen die Abtretung Fiumes der Abstimmung.

**Zenerung trotz Verfrächtigung des Dikars.**

Belgrad, 19. Febr. Das rasche Ansteigen des Dinarkurses wird im Lande von gleichen Erscheinungen begleitet, wie dies auch in anderen Staaten bei plötzlichen Wertsteigerungen der Fall war. Die Preise sind nicht gefallen, sie sind im Gegenteil in der letzten Zeit in die Höhe gegangen. Die Presse verzeichnet diese Tatsache und fordert das Eingreifen der Regierung.

**Der Zusammenbruch der ungarischen Krone.**

Budapest, 19. Febr. (M.F.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung unterbreitete der Finanzminister einen Gesetzentwurf betreffend einzelne Massnahmen zur Verhinderung des Wertrückganges der Krone. Demzufolge wird die Regierung ermächtigt, daß sie im Verordnungswege zunächst die „Spartkone“ als Rechnungswert einführt, deren Wertverhältnis zu den vom Staate aufgelegten Noten von einer, von der Regierung unabhängigen Kommission, festgesetzt wird. Ferner wird der Finanzminister ermächtigt, von den Steuerträgern das Zehnjährige ihrer für das Jahr 1923 bemessenen Einkommensteuer und das Fünftel der ihrer Vermögenssteuer als staatliche Anleihe einzuziehen.

**Demission des Finanzministers.**

Budapest, 19. Febr. Das Magyarische Telegraphen-Bureau meldet: Finanzminister Dr. Kallay hat heute abends seine Demission eingereicht, die vom Ministerpräsidenten angenommen wurde. Mit der provisorischen Leitung wurde Handelsminister Ludwig Wanko betraut.

**Polens Außenpolitik.**

Ein polnischer Sozialdemokrat über die tschechisch-polnischen Beziehungen.

Warschau, 19. Febr. Heute fand die dritte Sitzung des Außenausschusses des Sejm statt, in welcher die Debatte über das Exposé Zamostis fortgesetzt wurde.

Der sozialdemokratische Abg. Persl befaßt sich mit dem Verhältnisse Polens zur Tschechoslowakei und betont, daß weder die Jaworinastfrage noch die Vermittlung der Tschechoslowakei bei der Annäherung Frankreichs an Rußland untersucht werden dürfe. Was ein eventuelles Bündnis Polens mit der Tschechoslowakei betrifft, so ist der Redner der Ansicht, daß es zwischen beiden Staaten sowohl an der gegenseitigen Sympathie, die die Grundlage eines jeden Bündnisses bilden müßte, als auch an gemeinschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen mangelte. Der Redner wendet sich dann der Minoritätenfrage zu und erklärt, daß die nationalen Minoritäten in Polen seiner Ansicht nach vorsichtiger behandelt werden müssen, da insbesondere in England die Ueberzeugung vorherrsche, daß die Angelegenheit der nationalen Minderheiten in Polen zu kriegerischen Verwicklungen führen könnte.

**Massenverhaftungen von Sozialisten in Polen.**

Warschau, 19. Febr. In der verflochtenen Nacht wurden hier unter den politischen Persönlichkeiten circa 30 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich hauptsächlich die Führer und viele Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften.

**Devikentur'e.**

**Die tschechische Krone notiert in:**

Table with exchange rates for New York, Zurich, Berlin, and Wien.

**Prager Kurie am 19. Febr.**

Table with market prices for gold, silver, and various currencies.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Ein Postkuriosum.**

Von Leipzig nach Prag — über Tokio. Am 22. November 1923 fand die Verlagsbuchhandlung Brockhaus in Leipzig an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ ein Buch, nachdem diese bereits vorher von dem Verlag davon verständigt worden war. Wochen und Monate vergingen, ohne daß das Buch — ein kostbares Werk — bei uns einlangte. Gestern früh erreichte es nun das Wunder, daß die Sendung wohlbehalten in unsere Hände gelangte. Sie hatte nur einen kleinen Umweg gemacht, und zwar über — Japan. Der Umschlag trug den Poststempel „Tokio“ vom 17. Jänner 1924. Das Buch hat sich also zwei Monate zwischen Leipzig und Tokio umgesehen und sich dann weitere fünf Wochen die Welt zwischen Japan und der Tschechoslowakei angesehen. Von den vielen postalischen Wundern, die sich im Laufe der letzten Jahre ereignet haben, ist wohl dieser Fall: Leipzig-Prag via Tokio der merkwürdigste. Es ist uns zwar schon passiert, daß ein Brief nach Karlsbad, Haus Cypaco“ erst über den Ozean schwamm, ehe er zum Sprudelwässer gelangte, und ebenso ist es wiederholt vorgekommen, daß die größten Städte der Tschechoslowakei abwechselnd nach Deutschland oder Oesterreich verlegt wurden. Daß man aber in Leipzig annehmen konnte, Prag liege im gelben Meer, oder im Stillen Ozean, klingt doch etwas ungläublich und es wäre darum der Mühe wert, daß die Postverwaltungen in Leipzig oder in Prag die Aufklärung dieses Posträtsels versuchen. Vielleicht ist jemand so findig, dieses verkehrstechnische Ereignis mit dem Erdbeben in Japan in Verbindung zu bringen, das allerdings ein Vierteljahr vor dem Eintreffen des Pakets in Tokio sich ereignete.

**Der Petroleumandel in Amerika.**

Ueber diese Korruptionsaffäre, die sowohl in der Neuen wie in der Alten Welt großes Aufsehen erregt hat, schreibt unser Milwaukeeer Bruderblatt, der „Vorwärts“:

Der ungeheure Skandal, der sich jetzt aus den Verpachtungen ungemein wertvoller Petroleumländereien in California und Wyoming entwickelte, zieht ungeheuer weite Kreise. Man kann heute nicht mehr leugnen, daß es sich nicht um ein paar Privatpersonen handelt, die durch das Fortschreiten dieser, dem Flottendepartement unterstehenden Ländereien kompromittiert werden, sondern daß die ganze Harding'sche Administration — die republikanische Parteimaschine — in Mitleidenschaft gezogen erscheint.

Eine Hauptrolle in diesem Skandal spielt Albert Hall und im Zusammenhang damit über Harding'schen Administration Sekretär des Innern war, den Besitz wertvoller Oelländereien der Regierung für ein Butterbrot an eine Reihe von Kapitalisten, darunter Edward V. Doheny und Harry F. Sinclair, paßtweise überlassen hat. Hall hat für die Zusage dieser Ländereien von den Pächtern derselben mindestens 100.000 Dollar bekommen. Er sagt allerdings, das sei nur ein Darlehen gewesen, aber aber das ist, wie sich zeigt, nur eine Umschreibung der Wahrheit, eine Ausrede.

Die „New Yorker Volkszeitung“ schreibt über Albert Hall und im Zusammenhang damit über die ganze Affäre das Folgende: „Wer war Albert Hall, den Warren G. Harding zu seinem Sekretär des Innern machte? Ein Politiker, der im obersten Parteirat saß, außerdem aber schon seit vielen Jahren als struppeloser Spekulant, als Agent für alles und jedes bekannt war. Als die ersten Andeutungen von seiner Ernennung kamen, mußte sich Hall viele Angriffe, die sich allerdings meist auf Andeutungen beschränkten, gefallen lassen. Indessen, weder Harding noch Hall, ließen sich dadurch im geringsten stören.

Sicher ist immerhin, daß Herr Hall — damals Sekretär des Innern, — gerade in jener Zeit des Pachtwertungs-Abschlusses Gelegenheiten hatte, Anleihen von Freunden aufzunehmen, die er vordem weder erreichen noch erweisen konnte. Der eine „lieb“ ihm 100.000 Dollar aus alter Freundschaft, der andere 25.000 Dollar, weil er falls Freund zu werden hoffte, wobei noch durch, aus nicht feststeht, daß es nicht noch dritte, vierte und fünfte mißbilligte, leihwütige Petroleumquellen-Pächter gegeben haben mag.

Nicht ganz so sicher ist die Rolle, die Herr Denby, Flottensekretär, bei der Affäre spielt. Seine Freunde weisen die Andeutung, daß auch hier goldene Einflüsse ihr lustig Spiel trieben, mit Entrüstung zurück. Da jedoch Entrüstung in solchen Zeiten ein unverhältnismäßig billiger Artikel ist — besonders wenn man in Betracht zieht, daß die Intimi unseres Freundes Hall vor einer Woche noch weit „entrüsteter“ waren —, so wird man abwarten, ob die nächste Zeit nichts Genaueres über gewisse Bankanlagen an die Öffentlichkeit bringt, die auf der Kreditseite unseres Flottensekretärs verbucht sein sollen.

Es handelt sich nicht um Kleinigkeiten. Man schätzt die Petroleumausbeute der Pachtländereien auf zwischen 400—800 Millionen Dollar. Die Pacht aber sollte im ganzen etwa 1.500.000 Dollar betragen. So daß es durchaus nicht unwahrscheinlich ist, daß sich die glücklichen Pächter die Sache etwas nebenbei leisten ließen. In großen Dingen sind diese Leute nicht kleinlich, und man wird zugeben, daß sich das Geschäft lohnte.

Herr John D. Rockefeller wird sich vergnügt die Hände reiben. Seine Konkurrenz, die unabhängigen Petroleum-Produzenten, werden jetzt auch an den Pranger gestellt, an den er längst für alle Zeiten angeketet ist. Er bekommt also Gesellschaft. Und das wärmt dem alten Banditen sein steinkaltes Herz.“

**Brandkatastrophe in New-York.**

**Dreizehn Tote.**

New York, 19. Febr. (Sabas.) Eine Feuersbrunst, welche im Ghettoviertel ausgebrochen ist, hat dreizehn Menschenleben gekostet. Ein Ferkelniger, der vermutlich den Brand gelegt hat, wurde verhaftet.

Ein Beitrag zur Heimatforschung. „Der kleine Landwirt“ schreibt aus Kravau: „Der nationale geben sich jetzt sehr viel Mühe, unter dem Titel „Heimatforschung“ die Leute für sich zu gewinnen. Die Erforschung der Geschichte der engsten Heimat ist sicherlich von Interesse, wenn man den sozialen Kämpfen zwischen Unterdrückten und Herrschenden nachgeht. In dieser Beziehung erzählt das „Schwarze Gesichts“ von Kravau Interessantes. Der Chronist, ein Begünstigter der Grundherrschaft Georg Mehl v. Ströhl, berichtet: „Am 12. des Monats April 1578 dem Herrn Georg Mehl seine „allerliebste“ Hausfrau in Wachen-dorf elendlich in der Reife ertrunken ist. Sie wollte trotz Warnung des Kutschers und dem Widerstreben der Pferde über die angeschwollene Reife. Die Brücke brach jedoch ein und die hochmütige Frau ertrank. Der Kutscher und zwei Töchter des Herrn v. Mehl konnten sich samt den Pferden retten. Der Knecht machte sich dann aus dem Staube und ward nicht mehr gesehen. Der gestrenge Gutsherr Georg Mehl v. Ströhl sagte aber sogleich den Kravauer, daß ihm die Wachen-dorfer Bauern, „eins haben auswischen“ wollen und aus Rache die Brücke durchschlägt hätten. Er ließ sofort mehrere Wachen-dorfer Bauern in die Kron-feste nach Kravau sehen. Nach genauer Untersuchung der Brücke durch die Kommission am 13. April 1578 wurde durch den Bürgermeister, Vogt und Rat der Stadt Kravau, im Beisein des gestrengen Amtshauptmannes von Grafenstein, Friedrich von Radwitz, festgestellt, daß dieser Verdacht unbegründet ist, sondern das Unglück vielmehr als Strafe des Himmels „für der Frau frevelhafte Tun“ erlauft worden ist. Nach diesem Beschlusse der Kommission wurden die inhaftierten Bauern sofort freigelassen. Der damalige Bürgermeister von Kravau, Franz Silger, gab folgende Aeußerung in dieser Angelegenheit zu Protokoll: „Er Gnaden wisse sehr wol, daß Rat und Gemeinde treu zu Er Gnaden stehen in Not und Tod. Wie es da schmerzlich sei für seine Stadt, daß der Gutsherr sich so feindlich stelle mit seinen Bauern, und daß diese immer gehofft, daß er Frieden machen werde mit ihnen, aber die Inhaftierung Unschuldiger sei wohl nicht der rechte Wandel wiezu.“ — Ueber dieser Dinge, die zeigen, welche ungeheurer Druck auf den Bauern in der „alten“ alten Zeit lastete, ließ sich in gar vielen Chroniken lehrreiches Material finden. Man könnte es jenen Gauklern unter die Nase halten, welche das Zusammengehen der Kleinbauern mit den Großagariern das Wort reden.

Glückliches Familiendrama. Die tschechische Staatsangehörige Kouchy, eine 44jährige Fabrikarbeiterin, hat in Zittau eine schwere Bluttat verübt. Da ihr Mann seit dem Kriege vermißt wird, leidet sie an Schwermutankfällen. In einem solchen Anfall schnitt sie ihrem 20jährigen Sohne Karl im Schlafe mit einem Messer die Kehle durch und versuchte dann ihren anderen 16jährigen Sohn Franz mit einem Beile zu erschlagen. Dieser wachte noch im letzten Augenblicke auf und wehrte die Frau ab, so daß er nur verwundet wurde. Hierauf versuchte sie auch ihm die Kehle durchzuschneiden, doch gelang es ihm zu fliehen. Nachbarn riefen die Polizei, die die Frau mit einem Schnitt am Halse röhelnd am Boden fanden. Sie und der jüngere Sohn wurden ins Krankenhaus geschafft. Der ältere war bereits tot.

Flugunglück in Eger. Aus Eger wird uns unter dem 19. d. M. berichtet: Heute mittag um einhalb 12 Uhr ist ein am hiesigen Militärflugplatz stationiertes Flugzeug über dem Egerer Bahnhof abgestürzt. Das Flugzeug fiel auf das Bahngelände und wurde vollständig zerstört. Der Pilot, ein Offizier, wurde getötet. Es hätte leicht ein größeres Unglück passieren können, da der Apparat neben ein Geleise auf dem ein Zug einfuhr, fiel.

Neue Ministerialgebäude in Prag. Nach Meldungen der Koalitionspresse sollen heuer auf dem Petersplatz in Prag drei neue Ministerialgebäude errichtet werden, nämlich für das Eisenbahn-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerium. Das Ministerium für Gesundheitswesen soll einen Palast beim Emauokloster erhalten, dessen Bau bereits begonnen hat. Auch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten wird noch heuer übergeben und zwar in die adaptierte Czernin-Kaserne.

Mondfinsternis am 20. Feber. Heute wird eine totale Mondfinsternis eintreten, die auch bei uns sichtbar ist. Die Finsternis beginnt um 3 Uhr 18 Minuten nachmittags und dauert bis 6 Uhr 58 Minuten abends. Total ist die Bedeckung des Vollmondes durch den Erdschatten zwischen 4 Uhr 20 Minuten und 5 Uhr 57 Minuten nachmittags. Der Anfang der Verfinsternung ist bei uns nicht sichtbar, da ja ein in die zweite Fehelphase fallender Vollmond bei uns nicht so früh am Himmel steht. Der Vollmond erscheint vielmehr erst in der Minute des Sonnenaufgangs über dem Horizont, und geht am 20. Feber um 5 Uhr 18 Minuten nachmittags, also erst nach der Mitte der Finsternis, auf. Zu dieser Zeit ist aber die Mondscheibe noch völlig nach Erdschatten bedeckt; trotzdem wird sie alsbald nach ihrem Aufgang als verwaschene, etwa kupferrote Scheibe sichtbar, vorausgesetzt, daß der Himmel am Osthorizont völlig klar und dunstfrei ist. Der Austritt des Mondes aus dem Erdschatten wird sich jedoch gütig beobachten lassen, da der Mond inzwischen schon etwas höher gestiegen sein wird. Die Finsternis ist überall da sichtbar, wo der Mond während der Zeit der Bedeckung über dem Horizont steht.

Eine indiskrete Frage. Der Jesuit Muder mann richtete in Salzburg in seinem ersten Vortrag über „Das kommende Geschlecht“ an die Versammlung folgende Frage: „Ich frage euch, ihr Männer alle: Ist einer von euch immer keusch gewesen, so möge er sich melden!“ Die zahlreichen Hörer aus höherem und niederem geistlichen Stande stießen verlegen lächelnd die Köpfe hinein. Nach langer Pause stellte Muder mann fest: „Sehen Sie, nicht einer meldet sich!“ Am zweiten Vortragabend fehlten die meisten geistlichen Herren in der Schar der Hörer. Man konnte ja nicht wissen, ob nicht auch diesmal Herr Muder mann wieder eine ähnliche indiskrete Frage stellen werde.

Deutscher Bürokratismus. Ein Beispiel dafür, wie in Deutschland das Sparen in der Praxis gehandhabt wird, finden wir in der „Frankf. Zeitung“. Eine Frankfurter Firma erhielt am 7. Feber vom Reichsausschuß samt auf vier großen Bögen vier Abrechnungen über Forderungen und Schulden im Ausgleichsverfahren. Das Ergebnis sind eine Quittung mit zwölf Goldpfennigen, eine Quittung in Höhe von zwei Goldpfennigen (!), eine Quittung in Höhe von 47 Goldpfennigen. Die Forderungen, auf die diese fürstlichen Summen zwischen ein und zwölf Pf. vergütet werden, sind auf folgende Daten für die Anerkennung gedruckt: 19. November 1923, 25. August 1923 und 30. (!) Feber 1923. Das letzte Datum ist nicht nur an sich originell, sondern es zeigt auch, daß es ein Jahr gedauert hat, ehe in diesem Falle die Mittelung der Anerkennung einer Forderung von Fr. 3.20 erfolgte, auf die dann zwei Goldpfennige „ausgeschüttet“ werden. Man wird dem Einsender dieser Dokumente darin bestimmen müssen, daß es höchste Zeit sei, daß eine derartige Verschwendung öffentlicher Mittel aufhöre. Genau so gut wie die Steuerbehörde die Steuern pro 1922 als abgegolten betrachtet und eventuelle Ueberzahlungen streicht, ist in Goldmark ausgedrückt das 100fache solcher Quittungen ausmachen, wie sie heute noch vom Reichsausgleichsamt ausgefertigt werden, müßte man auch dafür sorgen, daß das Ausgleichsverfahren eingestellt werde, wenn eine Mindestsumme in Goldmark dabei unterschritten wird. Es ist wirklich peinlich, eine solche sinnlose Verschwendung in einem Augenblick zu sehen, in dem für kulturelle Ausgaben mit jedem Pfennig gerechnet werden muß!

Die Repressalien in der Pals. In der Bevölkerung von Pirmasens herrscht große Erregung darüber, daß die Besatzungsbahnen wegen der gewalttätigen Bestreitung der Separatisten Repressalien gegen die Einwohner ergreifen. So wurden 40 Bürger, darunter fünf Schupobeamte, in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, um vor ein französisches Kriegsgericht gestellt zu werden. Nach einer Statistik haben die Separatisten während ihrer Herrschaft in der Pals 20 Personen getötet, über 200 verwundet und 300 ausgewiesen. Dazu kommen noch viele Fälle schwerer Mißhandlung, Einbruchdiebstähle usw.

Der Zusammenbruch der Wagner-Operngesellschaft in Amerika. Mit welcher Leichfertigkeit Opernfahrten nach den Vereinigten Staaten unternommen werden, beweist das Schicksal der vor einigen Wochen in New York bankrott gewordenen Wagner-Operngesellschaft, über welchen

Bankrott jetzt Einzelheiten bekannt werden. Vor dem Zusammenbruch hatte es 15.000 Dollar in Bar kassiert das Unternehmen retten. Das war, gelinde gesagt, sehr optimistisch ausgedrückt, wenn man die nachgewiesenen Kosten des Unternehmens in Betracht zieht, die sich auf 30.000 Dollar pro Woche beliefen. So bedauerlich nun der Zusammenbruch der Operngesellschaft ist, so hat er vielleicht doch auch sein Gutes. Im Winter 1922—23, als die erste Opern-Periode stattfand, ging die Sache noch glimpflich ab, obwar schon damals kein Anfangskapital da war und Pump auf Pump aufgenommen wurde. Die Unternehmerrhetorik aus den Schwierigkeiten des ersten Jahres anscheinend keine Lehre gezogen, und deshalb besteht die Hoffnung, daß sie vielleicht aus dem schmerzlichen Krach dieses Jahres die nötigen Konsequenzen ziehen und nicht mehr auf blaue Luft und Blumenduft hin mit einem großen Ensemble auf die Bühne gehen. Ein hiesiger Verantwortungsgefühl der Künstler und dem Publikum gegenüber wird hoffentlich bei zukünftigen Unternehmungen dieser Art so merkbar vorhanden sein, daß in den Gastspielstätten jene Atmosphäre des Vertrauens zwischen Unternehmern und eventuellen Geldgebern geschaffen wird, die zu einem materiellen Erfolg unbedingt notwendig ist. 16 Sänger müssen sich nun nach Deutschland hinüberarbeiten. Nur 14 Mitglieder der Wagner-Gesellschaft konnten gehen. Die Mitglieder der finanziell zusammengebrochenen deutschen Wagner-Operngesellschaft sind mit dem Dampfer „Thuringia“ von New York abgereist. Nur elf Mitglieder hatten das nötige Geld zur Bezahlung von Kajütenüberfahrt, vier mußten dritter Klasse reisen und 16 hatten sich „amustern“ lassen, um sich auf dem Schiff „hinüber zu arbeiten“.

Der Zutritt zum Sarge Lenins wird sämtlichen Bürgern Sowjetrußlands ab 2. März, an welchem Tage mit Befehlung die Mausoleumsarbeiten werden beendet werden, gestattet sein. Der Sarg von Moskau beschloß, an Stelle eines Denkmals für Lenin ein Lenin-Arbeiter-Sanatorium zu errichten.

Sturz der Ungarkrone — Tarifserhöhungen. Vom 21. Feber an werden in Ungarn die Eisen-, Telephon- und Telegraphen- und Tele grammgebühren bis zu 100 Prozent erhöht. Mit Rücksicht auf den Sturz der Krone bezw. das Anwachsen der Teuerung hat die ungarische Regierung die Personen- und Gepäcktarife auf den Staatsbahnen um 30 Prozent und die Frachttarife um 50 Prozent vom 15. Feber angefangen erhöht. Die Arbeiten für die schon früher geplante Reform der Tarife werden fortgesetzt.

Der „Avanti“ unter Anklage. Der Präfect von Mailand hat gegen den „Avanti“ die Anklage wegen Verspottung der Behörden erhoben. Das Blatt hatte in einem Artikel zur Wahlenthaltung die Regierung als verbrochene rische Bande bezeichnet, die Italien „verrät“.

Ein unehelicher Gesundheitssekretär. Montag abends wurde in einem Budaer Hotel der Sekretär der polnischen Gesundheitsbehörde, Josef Resztorzky, erhängt aufgefunden. Resztorzky hat einen ihm anvertrauten Betrag von 5.400.000 Kronen unterschlagen.

Strandung eines Frachtschiffes. Das Frachtschiff „Lord Hamilton“, mit Zement beladen, von Hamburg nach England unterwegs, ist im Sturm bei der belgischen Seebühnen-Strandung gestrandet. Es wurden zwei Matrosen gerettet, die sechs Stunden lang, an einem Mast festgebunden, auf Hilfe gewartet hatten. Nach der Strandung des „Lord Hamilton“ fuhr vom Hafen von Romsgate ein Rettungsboot aus, das jedoch den Anker und die Ankerkette verlor und deshalb das gestrandete Schiff nicht flottmachen vermochte. So beschränkte man sich darauf, das Wrack zu untersuchen, indem sich jedoch keine Seele befand. Als das Rettungsboot nach Romsgate zurückkehrte, fand es auf ungewöhnliche Weise die beiden Matrosen, die in Regen und Segel gebüllt, bewußlos an den Masten des Schiffes festgebunden waren. Die Kleider und Stiefel waren an den Körpern festgefroren und mußten von ihnen abgeschnitten werden. Die geretteten Matrosen erzählten, als sie wieder zu sich kamen, daß sie von der übrigen Mannschaft nichts wußten, daß jedoch noch zwei andere Matrosen in ihrer Gesellschaft waren, die sich gleich nach der Strandung des Schiffes an Mastbäumen banden, um sich dagegen zu schützen, von den Wellen hinweggespült zu werden. Nichtsdestoweniger fanden beide den Tod in den Wellen.

Zehnte tschechoslowakische Klassenlotterie. Bei der Ziehung der zweiten Klasse wurden die Grundziffern 80 und 46 gezogen. Größere Gewinne:

8.000 K:	197046	5.000 K:	5746	1.000 K:	46346
500 K:	57546	300 K:	30946	250 K:	12980
150 K:	153780	500 K:	31880	78490	119280
167280	186280	144746	174648	185648	77546
69046	75046	171246	2.000 K:	100880	137880
84580	182980	10280	26180	106680	194680
2080	50880	127880	197646	171146	188346
18246	155746	82246	83146	151946	59246
80146	45646	94546	11246	28546	9246
144546	100146	75746			

Wetterübersicht vom 19. Feber. Die nördliche Druckfront ist südwärts vorgedrückt und hat sich mit einem Tiefdruckgebiet, das über dem Mittelmeer liegt, vereinigt. Die darat entstandene Tiefdruckrinne wandert über Europa hinweg. In der Nacht auf Dienstag hat es sich an den meisten Orten der Republik etwas erwärmt. Eine erhebliche Abkühlung melden dagegen Eger (— 18 Grad C.), Rajca Teplice (— 18 Grad C.). Dienstag früh fiel etwas Schnee. Wahrscheinliches Wetter von heute: Bewölkt, Reizung zu Schneefällen, Fröste, mäßiger Nordwestwind.

### Kleine Chronik.

Die spanischen Frauen. Von allen spanischen Dichtern der Vorzeit hat sich die Guldigung der Frauen in Peru in ihrer ganzen Reinheit erhalten. Mit einer poetischen, heurigen Anschauung gefällt sich der lebende Chomann darin, der Klade seiner Frau zu sein. Die schönen Szenen machen aber die höchsten Ansprüche auf Bekanterie, und über geringste Mageradassung wird von ihnen oft innerlich geahndet. In Gesellschaft nah man sich nur dann einer Frau, wenn man ihr eine Aufmerksamkeit erweisen kann. Ueberall hat sie das größte Vorkrecht, den ersten Platz und die ersten Ehrenbegehungen. Man spricht hier nicht wie anderswo: „Ich habe die Ehre, Ihnen meine Aufmerksamkeit zu machen.“ oder: „Wie befinden Sie sich?“, sondern: „Memora, ich küsse Ihre Füße!“ Die Brautwerbung in Peru ist sehr romantisch. In Begleitung eines kühnen, kühnen Trovadors erkundet der Freier am bestimmten Abend vor der Schwelle seiner Geliebten. Der Sänger tritt vor das mit Blumen geschmückte Fenster der Schönen und bekümmert in des Bräutigams Namen ihre Schönheiten. Er verleiht ihren Wuchs mit einer Palme, ihre Lippen mit zwei kühnen Rosenknospen, ihr weiches Wesen mit einer Taube. Mit versetzter Stimmkraft fragt die Braut den Geliebten, wer er sei und was er wolle. — „Dich will ich, Engel!“ erwidert dieser mit feuriger Zuversicht. „Alle Sterne sehen in Liebesharmonie, die Nacht ist hell, sollen wir uns nicht auch lieben?“ Da ergötzt sich die stolze Schöne, hastig wirt sie den Arrog aus den Haaren dem Freier zu und verspricht, ewig nur ihm anzugehören.

Das Nordlichterfest. Der Christlicher Universitätsprofessor Lars Vegard macht der „Astrophysik“ zufolge eine bemerkenswerte Entdeckung, durch welche das Rätsel des Nordlichtes gelöst ist. Vegard stellte auf Grund von in verschiedenen Ländern gemachten Forschungen und Versuchen fest, daß die obersten Luftschichten aus die Erde umgebenden festen Stoffen bestehen. Diese Entdeckung erklärt viele bisher unerklärliche Erscheinungen.

### Gerichtssaal.

#### Die Wählbarkeit von Gemeindeangeestellten und Arbeitern.

##### Ein wichtiges Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes.

Während 1919 bei den ersten Wahlen nach dem neuen Gemeindevorschlag der tschechoslowakischen Republik sich im großen ganzen keine Schwierigkeiten und Unklarheiten in der Frage der Auslegung der aktiven und passiven Wahlberechtigung ergaben, hat sich das Bild bei den Wahlen im Jahre 1923 geändert. Nicht nur von Seite der bürgerlichen Parteien, welche mit dem Vorzuge in den Wahlkampf zogen, der Arbeiterhof: eine vernichtende Niederlage herbringen und ihre Vertretung in den Gemeinden zu schwächen, sondern auch von den Behörden wurden alle Mittel angewendet, um das Erscheinen der Sozialdemokraten in alter Stärke in den Gemeindestuben zu hindern.

Während fünf Jahre vorher es allgemein als Erregungsbegriff galt, daß auch für Beamte und Angestellte der Gemeinden, insofern sie nicht durch den klaren Wortlaut des Gesetzes von der Wählbarkeit ausgeschlossen waren, das Recht gewahrt blieb, in der Gemeindeverwaltung allgemeine Interessen und Interessen ihrer Berufsgenossen zu vertreten, hat der Rückgang der Angestelltenvereine, welches sich ja teilweise in Gegenseitigkeit gegen die Angestellten überhaupt umgewandelt hat, auch dazu geführt, daß man mit allen Mitteln trachtet, Angestellte von der Gemeindefest fern zu halten. Wenn ein städtischer Arbeiter oder Angestellter nun gewählt wurde, so versuchten ihn die Gegner mit Hilfe der Behörden durch künstliche Auslegung des Gesetzes um sein Mandat zu bringen.

Das war beispielsweise in Steinschönau der Fall, wo selbst am 16. September 1923 Genosse János Wieden, Mitglied des städtischen Elektrizitätswerkes, zum Mitgliede der Gemeindevertretung gewählt wurde.

Genosse Wieden hatte in der vergangenen Vertretungsperiode ungehörig sein Mandat als Stadtvertretungsmitglied und Staatsrat ausüben und es fiel niemandem, auch der Behörde nicht ein, daß er kein definitiver Angestellter oder Arbeiter der Gemeinde ist, sondern Angestellter einer städtischen Unternehmung, der in einem einfachen Vertragsverhältnisse zu dieser Unternehmung steht, nicht berechtigt sei, Gemeindevorsteher zu sein.

Der politische Expositur in Prag kam es vorerhalten, dem Wunsche der bürgerlichen Parteien, denen die Tätigkeit des Genossen Wieden nicht paßt, Rechnung zu tragen und sie hat die Wahl des Genossen János Wieden „ardpässig“ für ungültig erklärt, weil Wieden als Gemeindevorsteher der Disziplinargewalt der Gemeindevertretung unterliegt, demgemäß nach § 5 P. 1 der Verfassung zum Mitgliede der Gemeindevertretung nicht gewählt werden kann.

Gegen diese Entscheidung brachte Genosse Wieden die Beschwerde an den Obersten Verwaltungsgerichtshof ein.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat nun in öffentlicher Sitzung am 14. Jänner 1924 der Beschwerte Folge gegeben und das Erkenntnis dahin gefällt, daß die Entscheidung der politischen Expositur Prag am 14. Jänner als gesetzlich nicht begründet, aufgehoben wird. In der Begründung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes heißt es u. a.: Die Gesetzesvorschrift bestimmt, daß in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern zu Mitgliedern der Gemeindevertretung Gemeindebedienstete nicht gewählt werden können, aber welche der Gemeindevertretung oder dem Gemeindevorsteher (Stadtrat) die Disziplinargewalt zusteht.

Während die alte Gemeinde-Wahlordnung vom 16. April 1861, L. G. Bl. Nr. 7, in § 11 bestimmte, daß in die Gemeindevertretung Bedienstete der Gemeinde nicht gewählt werden können, solange sie sich in wirklicher Dienst befinden und nach Austritt aus demselben so lange sie nicht Rechnung gelegt haben oder ihrer Pflicht, Erfag zu leisten, nicht nachgekommen sind, schließt die neue Wahlordnung von der Wählbarkeit nur jene Gemeinbedienstete aus, welche der Disziplinargewalt der Gemeindevertretung oder des Gemeindevorsteher unterstehen.

Dem Disziplinargewalt unterstehen und der Bestrafung unterliegen jedoch: a) gemäß §§ 12 bis 18 des Gesetzes vom 20. Mai 1908, L. G. Bl. Nr. 33, welche das Gesetz vom 23. Juli 1919, G. u. V. S. G. Nr. 443, unberührt gelassen hat, die Gemeindebeamten; b) gemäß § 10 des Gesetzes vom 17. Dezember 1919, G. u. V. S. G. Nr. 16 ex 1920, und der Vollzugschrift zu demselben vom 14. August 1920, G. u. V. S. G. Nr. 483, die definitiv angestellten Gemeinbediensteten.

Es ist demnach außer Zweifel, daß unter dem nach § 5 W.-D. von der Wählbarkeit ausgeschlossenen Gemeinbediensteten sämtliche Gemeindebeamten, von den Gemeinbediensteten aber bloß die definitiv Angestellten zu verstehen sind. d. h. jene, deren Dienstverhältnis nur nach Durchführung des im Gesetze vorgeschriebenen Disziplinerverfahrens gelöst werden kann. Andere Personen, welche bei der Gemeinde auf Grund eines anderen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses Dienst oder Arbeit versehen, sind im § 5 W.-D. nicht gemeint.

Wenn die belangte Behörde trotzdem die Wahl des Beschwörders zum Mitgliede der Gemeindevertretung für ungültig erklärte, so steht dies mit dem Gesetze im Widerspruch und es mußte mit der Aufhebung der angefochtenen Entscheidung nach § 7 des Verwaltungs-Gerichtshofes vorgegangen werden.

Auf Grund dieses Erkenntnisses wird nun Genosse Wieden sein Mandat wieder ausüben können.

Durch das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes ist aber nicht bloß in einem einzelnen Falle, sondern in allen gleichen Fällen die Frage ganz klar gelöst und es werden hoffentlich die politischen Begleitverordnungen bei Auslegung des § 5 der Gemeindevorschlag etwas weniger nachsichtig gegenüber den Wünschen bürgerlicher Gegner der Gemeindevorstellungen und Gemeindearbeiter sein.

#### Todesurteil wegen Gattenmordes.

Olmütz, 19. Feber. Der 53jährige Bauer Wenzel Kruta aus Mähr.-Schönberg, der am 11. Oktober 1923 seiner Frau mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten und er deren Tod herbeigeführt hatte, wurde vom Schwurgericht zu einem Tode durch den Strang verurteilt. Kruta gab zu seiner Verteidigung an, daß ihn seine Frau, durch die er durch ein von ihr übernommenes Leiden fast blind geworden sei, so beschimpft habe, daß er bei der Tat seiner Sinne nicht mehr fähig gewesen sei. Er habe seine Frau nicht ermordet, sondern ihr nur einen Denksittel geben wollen.

#### Vom Neffen beraubt.

Prag, 18. Feber. In der ersten Verhandlung der Toppauer Schwurgerichtshof hat sich der Hilfsarbeiter Paul Römer aus Landhaus (Bezirk Woglsdorf) wegen Verbrechen des Raubes vor den Geschworenen zu verantworten. Der Angeklagte arbeitete im Vorjahre in Olmütz. Da ihm aber die Arbeit dort zu schwer war, verließ er seine Stellung und half dann seinem Vater in der Landwirtschaft. Römer brachte nun für seine Braut, die Mutterfreunden entgegen, dringend Geld. Am Abend des 31. Septembers reiste in Römer nach einem Besuche bei seiner Braut der Pian, seine Tante zu berauben. In derselben Nacht drang er vom Stalldach in das Haus seiner Tante ein und gelangte in die Küche, wo seine Tante schlief. Er ging sofort zu ihrem Bette, erlachte die alte Frau beim Kopfe und würgte sie solange, bis ihr das Blut aus der Nase drang. Die Frau setzte sich zur Wehr, bat um ihr Leben und sagte dem Räuber, den sie nicht erkannte, er solle sich dafür das Geld, welches sich unter dem Kopfkissen befand, nehmen. Als die Ueberfallene dann um 4 Uhr früh aus ihrer Ohnmacht erwachte, bemerkte sie, daß sie in einer Partschle lag. Sie ging dann, nachdem sie sich erholt hatte, zu ihrem Bruder, dem Vater des Angeklagten, erzählte ihm von dem Vorfall und erlachte ihn, er möge bei der Gendarmerie die Anzeige erstatten. Der alte Räuber konnte einige eines Fußlebens diesem Ersuchen nicht nachkommen und schied deshalb seinen Sohn.

Bei der Gendarmerie sprach der Angeklagte den Verdacht gegen einen Bekannten aus, der sofort verhaftet wurde; er mußte aber bald wieder freigelassen werden, da er kein Alibi nachweisen konnte. Der Angeklagte Römer wurde jedoch später durch einen Knopf der Tat überwispen. Seine Tante fand nämlich am Tage nach dem Raubüberfall in ihrem Bette einen Knopf, den der Angeklagte beim Würgen verloren hatte. Die alte Frau übergab den Knopf der Gendarmerie, welche sofort die weiteren Erhebungen einleitete. Als der Räuber von dem Knopfe erfährt, schnitt er sich sofort alle Knöpfe vom Rocke ab, vergrah jedoch auch die Kermelknöpfe zu entfernen.

Römer wurde in einem Gasthause in Wagstadt beim Karlsplatz von der Gendarmerie verhaftet und dem Gerichte übergeben. Bei der ersten Einvernahme gestand Römer die Tat ein, änderte aber später viermal seine Aussagen. Zuerst gab er an, das Geld zuerst genommen und die Tante erst dann gewürgt zu haben, als sie um Hilfe rufen wollte. Die Geschworenen schenken dieser Aussage Glauben und verurteilten mit elf Stimmen die Schuldfrage auf Raub bejahten aber mit zwölf Stimmen die Schuldfrage auf Diebstahl. Der Gerichtshof verurteilte darauf den Angeklagten zu achtzehn Monaten schweren Kerkers, verschärft durch eine halbe Vierteljährlich. Die Unterjudungschaft wurde ihm in die Strafe eingerechnet.

# Volkswirtschaftliches.

## Ein Appell an die kapitalistische Internationale.

Die „Reichenberger Zeitung“ vom Sonntag bringt unter dem Titel „Volkswirtschaftliche Pläne“ einen wachsenden Leitartikel des Grafen Czernin-Morzin gegen die Bodenreform. Er polemisiert heftig gegen den Präsidenten des Bodenkamers Dr. Viskovitz und vergießt über das Schicksal der vertriebenen Besitzer blutige Färbungen. Wie alle prinzipiellen Feinde der Bodenreform verschämt auch er sich hinter die „gefährdete“ Volksernährung und schlägt seine langen Epistel mit folgenden kennzeichnenden Ausführungen:

Nun, die Vernichtung des Adels und Großgrundbesitzes in der Tschechoslowakei ist freilich kein welterschütterndes Ereignis. Welterschütternd, weil anstößend, kann nur der freilebende Eingriff in das geheiligte Recht des Privateigentums werden. Wo ist diesem Axiom eine feste Grenze gesetzt? Ist es so gewiss, daß die soziale und nationale Reform der Tschechoslowakei und der mit ihr geistesverwandten Nationen sich in der Zertrümmerung der verhassten Latifundien erschöpfen wird? Vielleicht ist der Tag nicht fern, wo die Geister des engherzigen Radikalismus, die man mit verhältnismäßig geringen Opfern fördern zu können vermeint, weitergreifend auch am Hausmittelern und Kleinen Grundbesitz, an der Industrie und an jedem Individualbesitz ihre Orgien feiern werden. Die Massen werden dann eben nur dem neuen Evangelium gehorchen, welches jegliches Recht nach eigenem Gefallen umzumodeln gestattet. Die Interessengemeinschaft des Bestehenden, der heute egoistisch vor der eigenen Tür zu stehen liebt, wird allen Besitzenden dann vielleicht zu spät zum Bewußtsein kommen.

Hört ihr es, Besitzende jeglicher Kategorie, in welcher furchtbaren Gefahr ihr euch befindet! Auch ihr — Häuser! Wie sich die Herren Großgrundbesitzer bemühen, die Front aller Kapitalisten zu ihren Günstigen herzustellen; wenn unsere Felder und Wälder enteignet werden, ist die nächste Folge die, daß auch die Fabriken, Häuser usw. drankommen und dem „enfesselten Radikalismus“ zum Opfer fallen! Herr Czernin-Morzin verdammt es nicht, in plumper Weise auch proletarische oder halbproletarische Existenzen wie die Kleinlandwirte für seine egoistischen Zwecke zu mobilisieren. Und er wendet sich nicht nur an den vom „enfesselten Radikalismus“ bedrohten deutschen Besitz, sondern an jeden Besitz schlechthin, also auch an den tschechischen, slowakischen und ungarischen — kurz, er bemüht sich, die kapitalistische Internationale des tschechoslowakischen Staates gegen die Bodenreform herzustellen. Herr Czernin-Morzin, der streitbare Anwalt des Agrarkapitals folgt damit den Spuren des Abg. Dr. Medinger, der zwar den Gedanken einer „mäßigen“ Bodenreform Aufstellung der größten Güter unter die — Verwandten des Besitzers und Abverkauf überflüssiger Grundstücke an Landwirte! theoretisch gutheißt, praktisch jedoch die wirkliche Bodenreform als „tolles Spiel“ bezeichnet. Die Herren Großgrundbesitzer werden sich mit der Zeit an den Gedanken gewöhnen, daß ihr — Spiel verloren ist.

Interessant ist, daß die „Reichenberger Zeitung“, die jetzt den Großgrundbesitzern die Sprache hält, einst sehr energisch gegen dieselben Stellung nahm. Die Redaktion möge einmal den Leitartikel der Nummer vom 15. Mai 1903 nachlesen, wo die wirtschaftliche und politische Uebermacht der Großgrundbesitzer scharf festgestellt und ihr Mangel an sozialem Sinn hervorgehoben wurde. Der Schlusssatz des damaligen, sehr instruktiven Artikels lautet: „Ob er (der Großgrundbesitzer) die Landwirtschaft selbst betreibt oder seine Latifundien verpachtet: Jedemfalls ist er kein Segen für seine Umgebung.“ Heute singt die „Reichenberger Zeitung“ ein ganz anderes Lied. Woher rührt diese auffällige Wandlung? Im Jahre 1903 existierte eine „rote Gefahr“, ein „enfesselter Radikalismus“ nicht, dafür waren Industrie- und Agrarkapital Konkurrenten im Kampfe um die Macht im Staate. Die wachsende Macht der Arbeiterklasse, die Gefahr der Enteignung hat die Kapitalisten aller Grade einander nahe gebracht. Der letzte Appell des Grafen Czernin-Morzin in der „Reichenberger Zeitung“ an die gesamte kapitalistische Welt bestätigt dies aufs schlagendste. Wirkliche Freunde der Bodenreform sind selbstverständlich nur die Sozialisten, während alle bürgerlichen Parteien, die Landbesitzer eingeschlossen, im Wesen Gegner derselben sein müssen. Der „Bund der Landwirte“ fordert im Punkt 9 seines Programms ausdrücklich: „Aufrechterhaltung und Sicherung des privaten Eigentumsrechtes, insbesondere des Grundeigentums“. Die Großgrundbesitzer können mit den Landbesitzern vollkommen zufrieden sein.

### Wie Deutschland janiciert werden soll.

#### Der Kreditplan der Sachverständigen.

Die Sachverständigenausschüsse, die am 19. Feber ihre Tätigkeit in Paris wieder aufnehmen werden, sind auf Grund ihrer Untersuchungen in Berlin zu der Auffassung gelangt, daß Deutschland ein Moratorium bewilligt werden und das Reich wieder in den Besitz seiner wirtschaftlichen und politischen Souveränität kommen muß, wenn es den Anfor-

derungen seiner Reparationsgläubiger genügen soll. Natürlich ist aber die Atempause für die Deutschland nur mit Einwilligung Frankreichs möglich, dessen Einverständnis die Sachverständigen durch eine sofortige größere Barzahlung zu erhalten gedenken, wobei Voraussetzung ist, daß der Hauptgläubiger Deutschlands auf seine Pfänderechtl. im Ruhrgebiet verzichtet. Die nötigen Mittel zur Ausführung dieses Planes sollen durch allgemeine Kredite aufgebracht werden. Die Experten greifen hierbei auf die deutsche Reichseisenbahn zurück, die als selbständige Reichseisenbahn-Gesellschaft Obligationen in der Höhe von zehn Goldmilliarden ausgeben soll. Die Umwandlung der Reichseisenbahn in ein selbständiges Unternehmen, die sich auf Grund der Verordnung vom 12. Feber 1924 soeben vollzieht, liegt also auf der Linie der Sachverständigenpläne. Nach Auffassung der Experten soll den Räumern der von der Reichseisenbahngesellschaft herausgegebenen Obligationen ein Aufsichtsrecht auf die Bahn zugestanden werden, das sich aber nur auf die Frage der Rentabilität der Geschäftsführung und des Betriebes erstreckt.

Die ersten fünf Goldmilliarden auf die Obligationen der Reichseisenbahn sollen an Frankreich fallen, Ueberzeichnungen aber der deutschen Sanierung zugute kommen. Die eigentliche Reparationsschuld gedenkt man in Raten zu tilgen, und zwar nehmen die Experten an, daß für die Abtragung durch Annuitäten mehr als 60 Jahre nötig sein werden. Die Annuitäten selbst beginnen mit mäßigen Raten, da der Zinsendienst für die Goldanleihe vorangeht. Erst später sollen sie bis höchstens eineinhalb Goldmilliarden gesteigert werden.

Für die Anleihe haften die Reichseisenbahn. Jedoch kommt hier nur eine Bürgschaft in Frage, die von den Experten nicht als Pfand ausgesetzt wird. Die Ausbringung der Annuitäten soll durch die Erhebung einer Kriegsschuldensteuer erfolgen, sobald das deutsche Budget ausbalanciert ist. Die Verwaltung der einkommenden Steuer ist Sache der von den Sachverständigen projektierten Goldnotenbank. Diese wird also neben der Funktion einer Währungsbank die Aufgabe einer Reparationsbank erfüllen müssen und die Auszahlungen an die Gläubiger Deutschlands vermitteln. Den Experten schwebt anscheinend eine Kombination von Barzahlungen und Sachleistungen vor, da sie der Auffassung sein sollen, daß nur an solche Gläubiger Barzahlungen erfolgen können, die deutsche Sachleistungen bereits in Anspruch genommen haben.

Das Projekt der Sachverständigen ist keineswegs neu. Es ist schon seit Jahren in allen Ländern erörtert worden. Sein Kernpunkt ist die Beschaffung von Anleihen, für die naturgemäß nur das Ausland in Frage kommen kann. Nun halten wir den amerikanischen, den holländischen und den englischen Geldmarkt für flüssig genug, Anleihen in der geplanten Höhe aufzunehmen. Allerdings werden die ausländischen Kapitalisten aber ihre guten Gulden, Dollars oder Pfunde nicht Deutschland anvertrauen, solange durch die politische Lage die Gefahr des Verlustes besteht. Voraussetzung für eine internationale Kreditation für Frankreich und Deutschland ist also eine Aenderung der gegenwärtigen franco-belgischen Militärpolitik, die nicht ohne Schuldenausgleich zwischen Frankreich bezw. Amerika und England zu haben sein wird. Die Lösung des einen Problems hängt also mit der des anderen zusammen, und den gegenwärtigen Untersuchungen der Experten, die ausschließlich des deutsch-französischen Verhältnisses Ziele haben, müssen lausigweise weitere Untersuchungen folgen, wie die Kompensationen aus der Welt geschafft werden können, die einem finanziellen Ausgleich in der Entente selbst heute noch im Wege stehen.

Die Kosten der Sozialversicherung. In einem Artikel des „Volk“ schätzt der Verfasser der Regierungsvorlage Professor Dr. Schönbaum die Belastung der Produktion durch die Sozialversicherung auf 380 Millionen Kronen jährlich, wovon die Hälfte, also 190 Millionen Kronen, auf die Unternehmer entfällt. Das macht in Prozenten der Erzeugungslosten ungefähr 0.40 Prozent aus, das heißt, wenn die Erzeugungslosten irgend einer Ware 100 Kronen sind, werden sie nach Einführung der Versicherung 100 Kronen 40 Heller sein. Es kann also von einer durch die Sozialversicherung bewirkte Konkurrenzunfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie keine Rede sein. Die Belastung des Staates übersteigt in den ersten fünf Jahren nicht 17.3 Millionen Kronen jährlich.

Neuerliches Anzeigen der Kleinhandelspreise. Wie den Preisberichten des statistischen Staatensamtes zu entnehmen ist, sind die Kleinhandelspreise vom Dezember 1923 bis Jänner 1924 abermals beträchtlich gestiegen. Für die Gruppe 1 (25 der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel) hat die Indexiffer im Dezember 1923 betragen und ist im Jänner auf 917 gestiegen. In der Gruppe 2 (Bekleidungsartikel) ist das Steigen noch bedeutender, nämlich von 1030 auf 1053. Unter anderem sind gestiegen Kraut um 27.7 Prozent, Eier um 12.6 Prozent, Kartoffeln um 9.5 Prozent, Brotmehl und Schinkenfleisch um 3.3 Prozent. Gestunken sind die Rette um fünf Prozent und Weichholz um 3.1 Prozent, Braunkohle um 2.4 Prozent, Petroleum um 2.3 Prozent.

Schließung der Pariser Produktendörse. Auf Grund einer Verordnung des Polizeipräsidenten wird die Pariser Produktendörse bis zur Erlangung einer neuen Verordnung geschlossen. Die Verordnung entspringt der Ueberzeugung, daß die

Bedingungen, unter welchen die Notierungen vorgenommen werden, infolge der Währungsrisiko einen derartigen Charakter angenommen haben, daß sie den freien Handel am heimischen Markte betreffen und ungewöhnliche Preiserhöhungen verursachen könnten.

Russische Gewerkschafter zum Studium nach England. Der Zentralausschuß des Verbandes der Gewerkschaftsorganisationen Sowjetrusslands hat beschlossen, eine Delegation zum Studium des englischen Gewerkschaftsorganisationswesens nach Großbritannien zu entsenden und das wechselseitige Studium der Gewerkschaftsorganisationen der beiden Länder vorzuschlagen.

Vom indischen Textilarbeiterstreik. Aus Bombay wird gemeldet: Die Spinnereien sind wieder eröffnet worden. Die Arbeiter haben jedoch die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Es ist zu Veränderungen von Betriebsdemagagien gekommen.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, L. Edg ar, Ref. 22. 2535

### Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar. 1332

### Kunst und Wissen.

#### Prager Konzertklub.

Vorbildliche musikalisch-pädagogische Arbeit im Konzertsaal verrichtet vor allem die deutsche Musikakademie. Ihre öffentlichen Musikabende gehören seit Jahr und Tag zu Musterveranstaltungen dieser Art, die nicht nur den Schülern der Anstalt selbst außerordentlich musikalisch-pädagogische Vorteile bieten, sondern wegen ihrer besonders billigen Eintrittspreise, in denen die erklärende Vortragordnung mitbegriffen ist, auch für die musikliebende Öffentlichkeit als Quellen der Musikausbildung äußerst wichtig sind. Der letzte dieser Abende brachte selten gehörte Kompositionen von Brahms, Chopin und Schumann für zwei Klaviere, um deren exakte Ausführung sich Schüler Direktor Finkes verdient machten. Auch das Prager deutsche Volksbildungsinstitut „Urania“ gehört zu den um die Musikausbildung im Konzertsaal besorgten Institutionen, wenn wir auch nicht verschweigen können, daß dieser Volksbildungsverein gerade im heutigen Jahre spärlicher mit musikalischen Veranstaltungen ist als früher. Den letzten Musikabend der „Urania“ bestritt der Prager Bassist Dr. Ehm mit einer überreichen Vederfolge von Richard Strauß, Emil Mottelien, Hans Wijnner und Hugo Wolf. Einzelne der gesungenen Lieder waren sogar erstausführungen für Prag. Tiefe und echte Liedkunst kündeten nur die Wolf-Lieder und Wijnners Gesänge, während Strauß' und Mottelien's Liedschöpfungen nur nach Stimmung und Effekt streben und zur Erlangung dieses Zieles selbst vor Banalitäten nicht zurückschrecken. Dr. Ehm als Sänger des Liedes wird seiner Aufgabe nur gesangstechnisch gerecht, während ihm die inhaltliche Ausdeutung der Lieder nicht immer gelingt, da seinem Vortrage die hingebende Wärme des Gefühles fehlt. Neuestens ist auch der deutsche Verein „Frauenfortschritt“ mit bemerkenswerten, im musikalisch-pädagogischen Sinne fruchtbareren konzertmäßigen Veranstaltungen hervorgetreten. In einer dieser Veranstaltungen sang die heimische Sopranistin Frau Else Strati, die unter anderem auch einige Lieder des jungen Deutschprager Tonkünstlers Rudolf Jil Schubert zur Uraufführung brachte, Lieder, die noch allzu sehr bloßes Wollen als wirkliches Können verraten, improvisationsartig anmuten und in der Sucht nach Originalität den wahren Zweck des Liedes als Gesangsstück vermissen. Auch der Pianist Schubert, den wir an diesem Abend hörten, hat noch viel zu lernen, um konzertreif zu sein. Vermißt haben wir im Prager deutschen Konzertsaal bisher die Muster-Jugendkonzerte des musikalisch-pädagogischen Verbandes, denen wie kaum anderen ähnlichen Veranstaltungen doppelte musikalisch-pädagogische Bedeutung zukommt, da sie in erster Linie der Jugendbildung dienen.

Unter den übrigen Konzerten der Periode ist an erster Stelle die montägige Aufführung der „Neunten Symphonie“ Beethovens zu nennen, die eines der bedeutendsten Ereignisse der bisherigen Konzertsaison bildete. Das deutsche Theaterorchester, der deutsche Singverein und der deutsche Männergesangsverein boten hierbei unter Alexander Zemlinskys geradezu faszinierender musikalischer Leitung eine Wiedergabe des gewaltigen Beethoven'schen Meisterwerkes, die an die feinerzeitige Festaufführung der Symphonie im Neuen Deutschen Theater unter Gustav Mahler erinnerte. Es wäre zu wünschen, daß eine Wiederholung dieser prachtvollen Aufführung stattfinden und auch den weiteren Kreisen des Prager deutschen Publikums zugänglich gemacht werden könnte.

Im ersten diesjährigen Konzerte des deutschen Kammermusikvereines hörten wir in der schlechthin vollkommenen Ausführung des berühmten Leipziger Streichquartettes (Gewandhaus-Quartett) je ein Sextett von Brahms und Beethoven für 2 Geigen, 2 Bratschen und 2 Violoncelli und als Neuheit für Prag einen musikalisch weder ausregenden noch sonderlich begeisterten „antastischen Reigen“ für Streichquartett von J. Weismann.

Die „Hubedni Matice“ hatte mit ihren drei Klavierabenden einen derart großen Erfolg, daß sie als polkstämmliches Konzert einen vierten Abend veranstalten konnte, den wie die früheren der ausgezeichnete tschechische Pianist Dr. Stepan bestritt. Ein Konzert der Geigerin Kitty Cerdinka und

ein interessanter offizielles Vederabend des Konzertängers Jakob Lehmann bilden den Restbestand an erwähnenswerten Konzertveranstaltungen der letzten Wochen. Edwin Janetschek.

„Der Kunst“. Das erste Heft des neuen (vierten) Jahrganges dieser ausgezeichneten musikalischen Zeitschrift enthält folgende Aufsätze: Eine Abhandlung Dr. Einsteins (München) „Wider den Virtuosen“, ein Wijnner, Bräuner und Mahler gewidmeter Artikel Prof. Dr. Seidls (Dessau), eine kritisch-biographische Skizze über den Prager tschechischen Lieddichter Josef Sul von Dr. Steinhard, ein den Prager Meisterlehrer für Violinspiel Henri Marteau würdiger Essay Dr. Max Ungers (Leipzig) und in der Rubrik „Musikpädagogik“ eine treffliche und vor allem hebrigerwertige Abhandlung des Prager Stimmphysiologen Dozenten Dr. Imhofer über die „Klassifizierung“ von Gesangsschülern durch Gesangs- und Musiklehrer. Kritiken, Besprechungen und verschiedene allgemeine Mitteilungen aus dem Prager und internationalen Musikleben bilden den weiteren Inhalt der Nummer. —ok.

Spielplan des Neuen Theaters: Heute Mittwoch „Siegfried“ (Beginn 6 Uhr), morgen Donnerstag „Die Czardasfürstin“, Freitag „Der Schatzgräber“ (Beginn halb 7 Uhr), Samstag „Der Troubadour“ Sonntag „Der Fürst von Pappenheim“, Montag „Das Lied von der Erde“ (Beginn halb 7 Uhr).

Spielplan der Kleinen Bühne: Heute Mittwoch und Samstag abends „Der eingebildete Kranke“ und „Die Gezierten“, Donnerstag und Sonntag abends „Die deutschen Kleinstädter“, Freitag Bankbeamten - Vorstellung „Maria Magdalena“, Sonntag nachmittag „Don Pasquale“.

Georg Kaiser's „Von Morgens bis Mitternacht“ gelangt Mittwoch, den 27. Feber im Neuen Theater zur Prager Erstaufführung.

Arbeiterdarstellung „Lilium“. Molnars Drama „Lilium“ gelangt diesen Sonntag um halb 3 Uhr im Neuen Theater zur Aufführung. Karten zu ermäßigten Preisen bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

### Turnen und Sport.

Alkoholfreie Sportplätze. Die Erkenntnis, daß erastliche Sportübungen und alkoholische Getränke nicht zusammenpassen, hat in der Schweiz in letzter Zeit zu bemerkenswerten praktischen Konsequenzen geführt. Im vergangenen Jahre wurde in der Nähe der Stadt Lausanne am Ufer des Genfersees ein neuer Sportplatz eröffnet, dessen Wirtschaftsräumlichkeiten ungeachtet verlockender Annehmlichkeiten einer Traufrirma für ausschließlich alkoholfreien Betrieb reserviert sind. In Zürich wird gegenwärtig eine große Sportanlage für Fußball und Leichtathletik mit rund 18.000 Zuschauerplätzen ingerichtet. Für den Erziehungskreis ist ebenfalls alkoholfreier Betrieb vorgesehen. Der schweizerische Verband „Volksdienst“, welcher während des Weltkrieges unter dem Namen „Soldatenwohl“ zahlreiche alkoholfreie Soldatenstuben gegründet und geleitet hatte, besorgt den Wirtschaftsbetrieb sowohl auf dem Lausanner wie auf dem Züricher Sportplatz.

Fußball. Sonntag in Prag: Sparta g. Viktoria Jizov, Slavia g. Meteor VII, Cechie Karlin g. Slavoj VIII. — Der DFC Prag spielt am Sonntag in Pflauen. — In Teplitz besiegte Sonntag der TSK in einem Trainingspiel den VfB Teplitz mit 9 : 4 (5 : 2). — Mahrer (DFC Prag) hat sich nach der „Stunde“ bereits bei der Wiener Hako a angemeldet. — Banas (Teplitzer FK) geht nicht zur Prager Sparta. — Kolenath (Sparta) spielt am Sonntag als Mittelstürmer gegen Viktoria Jizov.

Berausgeber: Dr. Ludw. Cech und Kari Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Solik.



**Tragen Sie nur Berson Gummibrillen u. Schlen Sie schützen vor Nässe Kälte u. Ermüdung.**